

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Soll und Sollen“...

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einzeilige Nonpareille 50 Pfennig, 2. Klasse 60 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Bureau...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 16. März 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Alle für Stresemann!

Das Bürgerblockkabinett stimmt dem Ergebnis von Genf einmütig zu.

Eine amtliche Meldung von gestern abend teilt mit: In dem heutigen, unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten...

Die Fragen, die diesmal in Genf zur Entscheidung standen, waren zweifellos nur Fragen zweiten und dritten Ranges...

Wären die Deutschnationalen nicht in der Regierung, so hätten sie es noch einem solchen Vorgang an einem Mißtrauensantrag...

Vor dem freilich mußten die Deutschnationalen Presse glauben, der Eintritt ihrer Parteigrößen in die Regierung...

Völkerbund und Kriegsgefahr.

Flottendemonstrationen zur See und in der Luft.

Genf, 15. März. (W.Z.) Das Ratskomitee unter dem Vorsitz des deutschen Delegierten...

Dabei wandte sich der deutsche Delegierte, Gesandter Goeppert, gegen den Vorschlag von Luftflottendemonstrationen...

deutschen Exportwaren, so daß auch hierin Deutschland de facto das Meistbegünstigungsrecht genießt.

Auch für die Restdauer des Provisoriums haben sich die beiden Delegationen Zugeständnisse gemacht.

Die Eupen-Malmedy-Debatte.

Scharfmacherische Rede Taspars.

Brüssel, 15. März. (W.Z.) Der sozialistische Abgeordnete Somerhausen interpellierte in der Kammer...

Wahlvorspiel in Deutschösterreich.

Ein Sozialistenverleumder zu drei Monaten verurteilt.

Wien, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Verleumdungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie ist soeben gerichtlich gebrandmarkt worden.

Regierungsdirektor Dr. Weiß Polizeipräsident von Berlin. In der gestrigen Sitzung des preussischen Staatsministeriums...

„Recht“ in Indien!

Englische Ueberjunker — und ihre Richter.

Von Franz Josef Furtwängler.

Nagpur, Mitte Februar.

Welchen Grad der Vollkommenheit das System weltweiter Information erreicht hat, ersehe ich aus dem Morgen-„Vorwärts“ vom 20. Januar...

Ich spazierte damals vor meinem Parterrezimmer des Landhaus-Hotels im Freien auf und ab und wurde durch das Schreien des Kulis auf den Vorgang der Mißhandlung aufmerksam...

In der Madraser Textilfabrik „Buddingham und Carnatic Mills“ wurde kurz zuvor ein indischer Arbeiter von einem englischen Aufseher halb erwürgt.

Sicherlich hätten wir von diesem Fabrikfalle niemals erfahren (denn die Arbeiter und ihre Führer sind, wie uns öfters auffiel, auch gegen Delegationen mißtrauisch)...

Dort, in Kalkutta, in der Jutespinnerei „Gouripur Jute Mills“ wurde im September ein indischer Weber, der zum Kerger seines englischen Aufsehers, Rister Spence, um Urlaub fragte...

Deutsch-französische Wirtschaftseinigung.

Neues Handelsvertragsprovisorium.

Paris, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch wird ein neues Protokoll zwischen der französischen und der deutschen Wirtschaftsdelegation unterzeichnet werden...

wurde. Dies und die Agitation der national-indischen Presse bewirkte eine Beruhigungsaktion durch Wiederaufnahme des Falles mit dem Ergebnis eines abermaligen Freispruchs — weil die Zeugenaussagen über die Einzelheiten (!) der Mißhandlung sich nicht deckten. Die Tatsache des toten Proletariats selbst konnte man sogar den Indern nicht bestreiten.

In Simla, dem Sommerort der Regierung, wurde ein Rittschakuli von einem Offizier in ähnlicher Weise mißhandelt. Dieser uniformierte Täter kam nicht so glatt davon, sondern wurde bestraft — mit einer Ordnungsstrafe von hundert Rupien, gleich zwei Tagesgehältern. Obgleich die Sklavenerkennung im heidnischen Römertum härter gestraft wurde (der Leser findet die Säge bei Mumien), war dies schon eine exemplarische Strafe, die in Indien Aufsehen machte, denn in zahlreichen anderen Fällen geht der Täter ungestrast davon, weil sich im Klub ein Arzt findet, der „konstatiert“, daß der geschundene Kuliproletarier ja sowieso bald gestorben wäre — etwa infolge einer erweiterten Milz. Die Freisprechungen in Fällen der Sklavenerkennung mit der Entschuldigend der erweiterten Milz (enlarged spleen) sind so häufig, daß das Wort vom „enlarged spleen“ in den Kreisen der indischen Freiheitsbewegung längst zum blutigen Sarkasmus geworden ist. Nur, wo es eben gar nicht anders geht, wird statt des Freispruchs eine formelle Ordnungsstrafe verhängt. So ereignete sich vor einigen Monaten der Fall, daß in Delhi eine Indierin von drei betrunkenen englischen Soldaten auf offener Straße überfallen wurde und an den Folgen bestialischer Notzuchts handlungen unmittelbar darauf starb. Obwohl es nach landläufiger Rede „nur ein schwarzes Weib“ (only a black woman) war, geboten Ritterlichkeits- oder Zweckmäßigkeitsbeträgungen dem weißen Richter, den einen der drei Schandsubjekte auch sechs Monate (!) einzufängeln, demweil die beiden anderen wiederum ungestrast davongekamen. Hätte nicht die nationale Bewegung den Fall aufgegriffen, so hätte wahrscheinlich nach der toten Indierin kein Höhn und kein Reuter-Bureau gekräht.

Dies sind nur einige wenige Fälle unglücklich brutaler Herrschaftsausübung und Rechtsprechung, die sich neben zahlreichen anderen allein in einer Zeitspanne von sechs Monaten, d. h. in der zweiten Jahreshälfte 1928 ereignet haben; andere sind mir noch bekannt, doch besäße ich im Augenblick nicht die exakten Einzelheiten und unterlasse es daher, sie an dieser Stelle zu erwähnen.

Dst fragte ich mich, wie es möglich sei, daß Menschen einer Nation, die in bezug auf Bildung und Kultur in Europa gewiß nicht die letzte ist, in einem fremden Lande so hausen können. Nachdem ich mir die ganze Soziologie des indischen Englandertums vergegenwärtigte, war es mir klar: dies hier sind keine Engländer, wie wir sie in Europa kennen, sondern eine Rasse für sich. Nicht, daß sie etwas in ihrer Wehrzahl hier in Indien geboren und fern der Briteninsel ohne den Segen der heimatischen Gentleman-Bildung aufgewachsen wären. O nein, die meisten, fast alle von der Militär- und Beamtenklasse (die die erdrückende Mehrzahl der Engländer Indiens ausmacht), kommen erst nach Vollendung ihrer Studien von England hierher und senden auch ihre Kinder zur Erziehung dorthin. Sie selber ziehen sich ebenfalls im Alter von 45 bis 50 Jahren wieder nach England zurück, so daß von einem isolierten Stamm indischer Engländer nicht die Rede sein kann. Die „geistige Umstellung“ vollzieht sich also nicht auf genealogischem Wege, sondern durch ein planmäßiges System. Dieses tritt in Wirksamkeit mit dem Augenblicke, wo der junge Verwaltungsbeamte, Offizier, Soldat oder Kaufmann das Schiff besteigt, das ihn „jenseits vom Suez“ fährt. An Bord wird ihm von Kundigen Anleitung zu teil, wie er alles Farbige mit Abföhmung und Verachtung zu behandeln hat. Keiner dürfte sich dort eine Unterhaltung mit einem noch so gebildeten Indier, ja kaum einen Gruß erlauben. (Der Leser erinnert sich meines ersten Reiseberichtes vom Schiff, wo ich diese Atmosphäre beschrieb, aber noch nicht die Ursachen kannte.) In Indien angelangt, sieht der in Gentle-

man-Manieren geübte junge Mann lauter Sklaven um sich, die er gegen eine Ordnungsstrafe in den Staub treten, sonst aber so ziemlich nach Belieben behandeln kann und sich mit Nachvollkommenheiten ausstattet, die ihm den Kopf schwellen. So schmilzt dann unter Indiens Tropensonne die dünne Schicht Eton-Salbe oder Oxford-Firnis wie die Zuckerglasur vom Pfefferkuchen. Die mannigfachen Annehmlichkeiten von diesem Typ mögen hier besonders lobend erwähnt sein, da es wirklich ein persönliches Verdienst ist, der Einwirkung dieser Atmosphäre zu widerstehen. Der Typus aber ist es, der den Grundton des Regimes im Lande bestimmt und sich auch schwerlich von einem in London residierenden „Ministerium für Indien“ ins Handwerk reden läßt. Auf den umgekehrten Fall dagegen: daß diese Ueberjunker nach ihrer Heimkehr sich zuweilen auf der ultrakonservativen Seite der inneren englischen Politik betätigen und ihre Dentur dort hineintragen, hat bereits die Indien-Denkschrift der Independent Labour Party hingewiesen.

Die Deutsche Volkspartei droht.

Sie verlangt zwangsweisen Abbau der Realsteuern.

In der weiteren Aussprache über den Finanzausgleich im Steuerauschuß des Reichstages am Dienstag trat die Unstimmigkeit unter den Regierungsparteien aufs neue bei der Rede des volksparteilichen Abg. Reinath schroff hervor. Er beschäftigte sich mit der Bedeutung des Finanzausgleichs für den Steuerzahler. Die Bevölkerung sei überlastet. Das vorliegende Gesetz wolle darin nichts ändern. Man müsse jedoch den Beginn der Steuerermäßigung verlangen. Dabei denkt die Volkspartei natürlich nicht an einen Abbau der drückenden Massenbelastung, durch den in erster Linie den schwachen Volksteilen geholfen wird, sondern an den Abbau der Steuerlasten, durch die die kapitalistischen Kreise belastet werden. Daher verlangte Reinath einen Zwang des Reiches auf Länder und Gemeinden zum Abbau der Realsteuern. Der von den Regierungsparteien vorgelegte Antrag gehe nicht weit genug, da er nur eine Sollbestimmung vorsehe. Diese milde Form könne nur bestehen bleiben, wenn die Länderregierungen befriedigende Erklärungen abgeben, daß sie die Vorschläge annehmen werden. Daran fehle es aber leider immer noch. Die Deutsche Volkspartei mache aber von solchen befriedigenden Erklärungen ihre endgültige Stellungnahme abhängig. Da auch die folgenden Redner Abg. Seifert (Völk.) und Aoenen (Komm.) die vorgeschlagenen Anträge ablehnten, so hängt alles davon ab, daß die Regierungsparteien nicht ausdrehen und von der Wirtschaftspartei unterstützt werden.

Zu den Ausspracheverhandlungen über den Finanzausgleich hat die Sozialdemokratie zahlreiche Abänderungsanträge gestellt. Die Sozialdemokratie verlangt

1. zur Hauszinssteuer Bestimmungen, wonach die Länder anordnen können, daß Steuerpflichtige, die eine bestimmte Einkommensgrenze nicht erreichen, von der Steuer befreit werden, doch muß die Einkommensgrenze für die Besitzer aller bebauten Grundstücke die gleiche sein. Von der Hauszinssteuer sollen nicht mehr als 20 Proz. der Friedensmiete zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs verwendet werden dürfen. Auch wird die Begrenzung der Miete auf 100 Proz. der Friedensmiete bis 31. März 1928 verlangt.
2. Zur Einkommensteuer wird gefordert: restlose Besteuerung der Spekulationsgewinne und Verschärfung des § 49 über die Besteuerung nach dem Verbrauch.
3. Bezüglich der Verbrauchssteuern wird die völlige Aufhebung der Zucksteuer verlangt.
4. Für den Fall der Aushebung der gemeindlichen Getränkesteuern sollen die Gemeinden aus Reichsmitteln Ersatzeleistung in Höhe von je 75 Millionen Reichsmark jährlich erhalten.
5. Für den Fall der Annahme der Erhöhung der Entschädigung der süddeutschen Staaten aus der Biersteuergemeinschaft soll der dem Reich entstehende Mehraufwand durch die Erhöhung der Börsenumsatzsteuer beschafft werden.

Die allgemeine Aussprache, in der auch diese Vorschläge der Sozialdemokratie zur Debatte stehen, wird am Mittwoch fortgesetzt.

Die Mißwirtschaft bei der Reichsbahn.

Der Achtstundentag fast allgemein überschritten!

Im Ausschuß für den Reichshaushalt wurden in der Dienstag-Sitzung bei Gelegenheit der Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums Eisenbahnangelegenheiten erörtert. Genosse Schumann (Frankfurt) führte u. a. hierzu aus: Es sei unbestritten, daß in weitesten Kreisen große Unzufriedenheit mit der Leitung der Reichsbahn herrsche. Nicht nur wegen der Haltung, die sie allen Anträgen gegenüber eingenommen habe, nicht nur wegen ihrer Tarifpolitik, sondern vor allem auch wegen der von ihr verfolgten Personalpolitik. Auch immer sei es nicht gelungen, Vertreter des Personals in den Verwaltungsrat hineinzubringen. In diesem wichtigsten Organ der ganzen Reichsbahnverwaltung sähen ausschließlich Vertreter der Unternehmer und gerade solche, die an Lieferungen für die Reichsbahn stärkstes geschäftliches und persönliches Interesse haben. Auch der Personalabbau verdiente härteste Kritik. Während 1924 nach 146 178 Werkstättenarbeiter vorhanden waren, beziffert sich der Bestand jetzt auf 113 000, so daß also rund 33 000 Arbeiter abgebaut sind. Der Gedanke lasse sich nicht abweisen, daß die Reichsbahnwerkstätten so verkleinert worden sind, um möglichst viele Arbeiten an die Privatindustrie herauszugeben zu können.

Ebenso ungünstig stehe es mit der Arbeitszeit des Personals im Betriebs- und Verkehrsdienst. Während in den gewerblichen Betrieben 74 Prozent aller beschäftigten Arbeiter 48 Stunden und weniger arbeiten, haben bei der Reichsbahn nur 3,66 Prozent eine Arbeitszeit von 48 Stunden und weniger. 48 bis 60 Stunden wird in gewerblichen Betrieben von 53 Prozent der beschäftigten Arbeiter gearbeitet, bei der Reichsbahn bezieht sich der Prozentsatz derjenigen Arbeiter, die 48 bis 60 Stunden zu arbeiten haben, auf 96,3 Proz. Diese lange Arbeitszeit bedinge natürlich auch die steigende Unfall- und Erkrankungsrate. Während die Ortskrankenziffer 3,99 Proz. beträgt, beläuft sich der Krankheitsstand bei der Reichsbahn auf 5,51 Proz. Genosse Schumann ruft das Verkehrsministerium auf, alles zu tun, um auf den gerügten Gebieten Verbesserungen herbeizuführen. Schließlich begründet Schumann eine Resolution, die die Reichsregierung ersucht, auf die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft einzuwirken, daß die Reichsbahn ihren Verpflichtungen gegen die Pensionäre der Reichsbahnarbeiterpensionskasse durch Uebernahme des Selbstbeitrages in der Abteilung B erfüllt und die Pensionäre, die vor dem 1. Januar 1926 pensioniert worden sind, nicht weniger als die nach dem 31. Dezember 1925 Pensionierten erhalten.

Reichsjustiz!

Ein Jahr Gefängnis für eine falsche Nachricht.

Ceppig, 15. März. (Eigene Drahtberichte.) Am Dienstag hatte sich der verantwortliche Redakteur des kommunistischen „Ruhr-Echo“ in Essen Willi Riegel wegen verurteilten Landesverrats vor dem Reichsgericht zu verantworten. Das „Ruhr-Echo“ hatte am 17. Juli 1926 eine Notiz veröffentlicht, nach der das Deutsche Reich mit Genehmigung der Entente 17-Zentimeter-Geschütze sowie 40 000 Maschinengewehrläufe bei der Firma Krupp in Auftrag gegeben hatte. Es wurde gleichzeitig behauptet, daß die Firma Krupp den Auftrag des Offiziers Konsumvereins „Eintracht“ zur Lieferung von 20 Kraftwagen ablehnte. Ein als Zeuge geladener Direktor der Firma Krupp bestritt, daß neue Maschinen zum Geschützbau aufgestellt wären. Richtig sei jedoch, daß im vorigen Jahre mit Genehmigung der Entente 9 000 Geschützläufe und 4 000 Maschinengewehrläufe bei der Firma Krupp fabriziert worden sind. Der Reichsanwalt beantragte 13 Monate Zuchthaus. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis.

Der Wiking-Prozess verlag. Die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof zum Schuß der Republik wegen des Verbois von „Wiking“ und „Olympia“ ist verlag worden. Die ursprünglich auf den 17. d. M. angesetzte Verhandlung wird voraussichtlich am 23. März beginnen.

Alltagsmerkwürdigkeiten.

Von Hubert Caspari.

„Lauf doch nicht so schnell!“

Kürzlich hatte ich dienstlich in einem Ministerium zu tun. Der Förster am Hauptportal nannte mir die Nummer des Anmeldebüros des Regierungsrats, mit dem ich eine Besprechung verabredet hatte, und ich eilte über Treppen und Gänge nach dem bezeichneten Zimmer. Niemand begegnete mir auf meinem verhältnismäßig langen Wege. Eine unüberwindliche Stille lag in dem gewaltigen Gebäude, und ich empfand allerschwerd Hochachtung vor der offenbar unheimlich angestrengten Arbeit, die hinter den zahlreichen verschlossenen Türen geleistet wurde.

Das Anmeldebüro war leer. Einige Augenblicke wartete ich und spähte dann, von einer leisen Unruhe gepackt, den langen Gang hinunter. Aber nirgends ließ sich ein Botenmeister blicken. Zu dem, wenn man sich so beeilt hat und zu guter Letzt ohne eigenes Verschulden doch nicht pünktlich sein kann! Minuten um Minuten verstrichen. Fast kam ich schon auf den feierlichen Gedanken, unangemeldet in das nebennan liegende Zimmer des Regierungsrats einzutreten.

Da tauchte am äußersten Ende des Ganges eine Gestalt auf. Ich erinnere mich nicht, jemals einen Menschen mit solcher friedlichen Gemächlichkeit sich vorwärtsbewegen gesehen zu haben, wie diesen Botenmeister. Man konnte mit blohem Auge überhaupt nicht erkennen, ob er näher kam. Ich stand wie auf Kohlen und trippelte nervös hin und her.

Als der Mann endlich an mich herangekommen war, trat gerade ein anderer Botenmeister mit einer Klappe die Treppe empor nach einem höhergelegenen Stockwerk. Der Mann auf dem Gange blieb stehen und rief seinem Kollegen an: „Mensch, lauf doch nicht so schnell! Hast du's so eilig?“ — „O nein,“ war die Antwort, „ich habe Zeit!“

Dann lächelte der vergnügt lächelnde Mann in das Anmeldebüro. Ich sah ihn, mich dem Regierungsrat zu melden. Er sah mich von oben bis unten an, machte eine große Pause und bezeugte mir schließlich, daß er hier nicht zuständig sei. Aber sein Kollege müsse ja jeden Augenblick kommen.

Im Laufe des Tages gelang es mir auch wirklich noch, den „zuständigen“ Botenmeister zu erwischen.

Ich bin, weiß Gott, kein Freund von Diskursen. Aber ein Diskurs, wie ihn Jules Romains schildert, dessen erste Amtshandlung als Minister die Einführung eines stotternden Dienstbetriebes ist, könnte mir nicht schaden, auch unseren hohen und höchsten Behörden nicht schaden.

Hanneles Himmelfahrt.

Vor mir sah neulich im Theater der allmächtige Bronzbesuch eines Berliner Herrn, eine älteste Dame in rührend altmodischer

ländlicher Aufmachung. Ihr Begleiter ließ ergeben ihren breiten Redefuß über sich ergehen — sie war, wie bald das ganze Parfüll aus ihrem unbefürmernden Bortischwall hatte entnehmen können, die Schwiegermutter, die keinen Widerspruch duldet und alles besser wußte — und wogte nur manchmal halb verstohlen einen bittenden Blick, wenn sie während der Aufführung allzu heftig hustete oder eine laute Randbemerkung über die Worte auf der Bühne von sich gab.

Sie tat sich sehr viel auf ihr literarisches Urteil zugute. Das Stück, das sie gerade sah, in dem Arbeiter eine Hauptrolle spielten, war natürlich scheußlich, und wurde von ihr mit Worten abgelehnt, die ich bereits im „Lokal-Anzeiger“ gelesen zu haben glaubte. Desto mehr schwärmte sie von der „Königin Luise“, die ihr noch vom vorigen Winter her in unvergesslicher Erinnerung geblieben war. Durch irgendeine Gesprächswendung war die Unterhaltung mit ihrem Schwiegersohn auf „Die heilige Johanna“ gekommen. „Ach ja,“ meinte sie, „das ist auch ein sehr schönes Stück. Das habe ich schon vor ein paar Jahren im Kino gesehen.“

„Unmöglich! „Die heilige Johanna“ ist doch noch gar nicht verfilmt worden.“

„Aber natürlich! Besonders die Engel waren wunderbar.“

„Was für Engel?“

„Na, du weißt doch. Das ist doch die Geschichte vom dem Mädel, das im Armenhause stirbt und in den Himmel kommt.“

Ein aristokratischer Filmstarkeiler.

Zweihundertfünfzig Generationen seiner Ahnen kann er laut Stammbaum nachweisen. Auf was für eine ruhmvolle Vergangenheit seines Geschlechts muß er da zurückblicken können! Rüssen seine ältesten Vorfahren nicht noch in Wäldern und Höhlen gehaust und mit Wotan und seinen Walfüren auf du und du gestanden haben?

Und dieser erlauchte Sproß des deutschen Uralters, der trotz seiner reinkrossigen langen Ahnenreihe noch gar keine Spuren von Entartung zeigt, hat sich dem Berufe des Filmstarkeilers zugewandt! Da werden ja alle leuchtenden Aristokraten voll grimmer Entrüstung ob einer solchen unwürdigen Verleugnung des feindlichen Standesbewußtseins sein. Aber werden sie ihn nicht doch ein klein wenig um seine nachweisbaren zweihundertfünfzig Ahnen beneiden, den — deutschen Schäferhund Ross, der in mehreren neuen Fog-Filmen die Hauptrolle spielt?

„Junge Dichter.“ Ernestine Münchheim, die im Orgelsaal des Antiquitätenhauses A. Wertheim einen Vortragsmittag „Junge Dichter“ gab, ist eine gute Prosasprecherin. In den Abschnitten aus Nabel Sanyaras schicksalsschweren Roman „Das verlorene Kind“ spürte man das starke feierliche Mißlingen der Vortragenden, der es weniger darauf ankam, eine künstlerische als eine menschliche, mütterliche Ausbeuterin des Wortes zu sein. Leider wurde dieselbe Absicht den Gedichten verhängnisvoll. Frau Münch-

heim verfiel bisweilen in einen geradezu penibel gütigen alten Janentont. Ganz schlimm wirkte in dieser Ueberförmlichkeit Arthur Silbergleits ohnehin reichlich sentimental zerfallende „Mein Stadt“. Doch auch zu Werken von Judmayer, Arthur Neumann und Birkenfeld fand die Vortragende selten das rechte Verhältnis. Es schien, daß der Wunsch, jungen Dichtern (die es gewiß verdienen) förderlich zu sein, Frau Münchheim verführt hatte, Werte zu sprechen, die ihrer Erlebniswelt fremd waren. Nur einige wenige Gedächtnisse erinnerten daran, daß es sich bei diesem Vortragsmittag um eine öffentliche Veranstaltung und nicht um einen freundschaftlichen Familienkreis handelte.

Das billige Holzhaus. Ein außerordentlich interessantes Beispiel über die Wirkung der Rationalisierung auf die Warenpreise in Amerika berichtete dieser Tage Stadtbaurat E. May. Ein amerikanischer Grundbesitzer, der über eigenes Holz verfügte, wollte sich in seinem anliegenden Orte ein Holzhaus bauen lassen von der Art, wie sie in amerikanischen Warenhäusern fertig zum Verkauf angeboten werden. Er ließ von den einheimischen Handwerkern die Herstellungskosten auskalkulieren. Obwohl das Holz für den Selbstbau keinen Fremig gekostet hätte, stellte sich doch heraus, daß das Haus in fertigem Zustande aus dem Warenhause von New York bezogen, noch um ein Fünftel billiger wurde, als wenn es der Besitzer aus seinen eigenen Holzbeständen hätte herstellen lassen! Die Organisation der Arbeit und der Technik ist eben bei der Massenherstellung von fertigen Holzhäusern soweit gebiegen, daß der Rohstoffpreis und die erheblichen Transportkosten dabei keine Rolle mehr spielen, auch nicht die hohen Arbeitslöhne, die der Fabrikant seinen Arbeitern zu zahlen hat. — Die Amerikaner liefern derartig rationalisierte Ware eben billig, worin sie sich freilich von den deutschen Unternehmern noch heute vorteilhaft unterscheiden.

75 Stunden künstliche Atmung. Ein 22-jähriger Chicagoer Verkäufer, Albert Fric, ist der Gegenstand eines Versuchs geworden, den amerikanische Aerzte für eine der erstaunlichsten Leistungen in der Geschichte der Heilkunst erklären. Man hat ihm mehr als 75 Stunden durch künstliche Atmung am Leben erhalten. Fric wurde an einem Sonnabend mit einer schweren Grippe eingeliefert, die bereits eine Lähmung der inneren Organe hervorgerufen hatte. Als am Sonntag die Atmung ausblieb, leitete der behandelnde Arzt sofort künstliche Atmung ein, und 23 Kollegen Fric's arbeiteten ununterbrochen, indem sie sich alle 15 Minuten ablösten, Tag und Nacht, um die künstlichen Atmungsbewegungen an ihm durchzuführen. In zwei waren immer 15 Minuten an ihm beschäftigt. Auf diese Weise wurde die Atmung mehr als 75 Stunden durchgeführt. Während der ersten beiden Tage mußte Fric künstlich ernährt werden; dann aber erholten sich die Schling- und Verdauungsorgane von der Lähmung, und der Kranke konnte Nahrung zu sich nehmen. Man hofft, ihn auf diese Weise am Leben zu erhalten.

Der Braumaisentrommel in Russland hat sich während der letzten Monate seit Einführung eines hochprozentigen Schnapses sehr stark gehoben. In den letzten drei Monaten wurden in Russland 200 Millionen Kubel für Braumaisentrommel ausgegeben, was gegen die gleiche Periode des Vorjahres eine Steigerung um 115 Proz. bedeutet. In dieser Zahl ist der von den Bauern selbst hergestellte Braumaisentrommel nicht eingeschlossen.

Streikrecht und Arbeitslosenversicherung. Protest gegen die bürgerlichen Vorschläge.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags erfuhr gestern Dienstag die Regierungsvorlage der Arbeitslosenversicherung in den Vorschriften über die Erfüllung der Anwartschaftszeit gemäß den sozialdemokratischen Anträgen wesentliche Verbesserungen. Im Anschluss an die Ausführungen der Abgeordneten Grote wahl (Soz.) und Luise Schroeder (Soz.) wurde beschlossen, die Erfüllung der Anwartschaftszeit zu erleichtern, wenn der Arbeitslose sich in einem geregelten Ausbildungsgange zu Berufsausbildung oder Fortbildung befindet. Ferner wurde dem Krankheitsfälle die zeitweise Arbeitsunfähigkeit durch Schwangerschaft gleichgestellt. Der sozialdemokratische Antrag, die Anwartschaftszeit von 26 auf 13 Wochen zu verkürzen, wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Dann legten die Regierungsparteien eine neue Fassung zu § 57 vor, der sich auf den Entzug der Arbeitslosenunterstützung bei direkter oder indirekter Aussperrung oder bei Streik bezieht. Abgeordneter Grashmann (Soz.) wies die Unmöglichkeit auch dieser neuen Fassung in einer außerordentlich eindrucksvollen Rede nach. Seine Darlegungen über das Unfittliche des Streikbrechertums, das bei der geplanten Fassung geahndet werden würde, übten auf den gesamten Ausschuss eine solche starke Wirkung aus, daß der neue Vorschlag wahrscheinlich zurückgezogen wird.

Mittlere Beamte in der Rechtsprechung. Ein sozialdemokratischer Antrag.

Der Bund Deutscher Justizamtänner hat den Reichstag neuerdings in einer Eingabe gebeten, die mittleren Justizbeamten zur Wahrnehmung der Termine im Güterverfahren zuzulassen und ihnen die Ermächtigung zum Erlass von Berufungsurteilen zu erteilen, falls sich im Güterverfahren das Vorliegen der Voraussetzungen für ihre Verkündung ergibt. Beide Arten von Geschäften sind bisher den gelehrten Richtern vorbehalten. Der Berichterstatter Abg. Vandersberg (Soz.) stand der Petition, über die am Dienstag im Rechtsausschuss beraten wurde, wohlwollend gegenüber. Er vermisst u. a. darauf, daß die mittleren Justizbeamten, unter denen viele hochqualifizierte Kräfte seien, auf dem Gebiete des Mieterschutzgesetzes zur Mitwirkung im Güterverfahren berufen und für den Erlass von Zahlungsbefehlen, die sich von Berufungsurteilen doch nicht unterscheiden, zuständig seien. Sein Antrag ging dahin, die Petition der Reichsregierung als Material zu überweisen. Ihm traten der deutschnationale Abg. Dr. Bohmann und der Kommunist Dr. Rosenberger entgegen. Der erstere führte reichlich düffelhaft aus, die Petition des Mieterschutzgesetzes erfordere die volle tatsächliche und rechtliche Beherrschung des Stoffes; dafür seien die mittleren Justizbeamten nun einmal nicht vorgebildet. Die Gründe, aus denen Herr Rosenberger sich für die Aufrechterhaltung eines Monopols der Berufsrichter einsetzte, waren, obwohl er sie vortrug, nicht verständlich. Beide Redner forderten, daß man über die Petition zur Tagesordnung übergehe.

Die Thüringer Regierungskrise. Doch noch große Koalition?

Weimar, 15. März. (Fig. Draht.) Aus den Verhandlungen zwischen dem volksparteilichen Unterhändler und dem Vorsitzenden der Sozialdemokratie zur Regierungsbildung ist bemerkenswert, daß der Volksparteiler erklärte, seine Partei, die Wirtschaftspartei und der Landbund wären einer Koalition mit den Sozialdemokraten nicht obgeneigt. Diese Aufassung muß schon deshalb verwundern, als der Landbund vor wenigen Tagen offiziell durch seinen Führer als Verhandlungspartner der bürgerlichen Parteien eine nichtmarxistische Regierung bezeichnete.

Der Nationalsozialist Dinter hat inzwischen der Deffektivität mitgeteilt, daß jede von „Marzisten“ besetzte oder unterstützte Regierung seiner und seines Freundes im Parlament Feindschaft sicher sein könnte. Nur einer bürgerlichen Regierung, wenn nicht anders, so auch im Einflusse der Demokraten, sagte er wohlwollende Unterstützung zu unter der Voraussetzung, daß die Redeerlaubnis für Hitler nicht wieder aufgehoben werden dürfe.

Saschisten-Justiz gegen Bilder.

Ein deutscher Journalist in Italien eingesperrt.

Genua, 15. März. (W.T.B.) Im Verfahren gegen den deutschen Journalisten Karl Dellus, Korrespondent der Berliner Illustrierten Zeitung, der unter der Anschuldigung verhaftet worden war, daß er seiner Zeitung Bilder und Artikel übersandt habe, die eine Herabsetzung Italiens darstellten, ist gestern das Urteil gefällt worden. Das Strafgericht verurteilte Dellus wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutze des Staates zu 30 Tagen Gefängnis und Tragung der Prozesskosten. Von der Auflage der Aufreißung zum Klassenhof wurde Dellus freigesprochen.

Die Verurteilung ist erfolgt wegen photographischer Aufnahmen aus den Schwefelgruben Siziliens und wegen des Textes, den Dellus dazu geschrieben hatte und worin er sagte, daß trotz aller Versprechungen die Arbeiter der Schwefelgruben heute unter der faschistischen Herrschaft noch schlechter daran sind als früher.

Wir Sozialisten erinnern uns dabei, daß schon vor Jahrzehnten der damalige italienisch-sozialistische Führer de Felice in einer aufsehen erregenden Schrift die fürchterlichste Ausbeutung der Schwefelgrubenarbeiter geschildert hat.

Das Urteil gegen Dellus wird damit begründet, daß er das „Ansehen Italiens geschädigt“ habe. Als vor drei Monaten ein Gesetz zur Bekämpfung des faschistischen Regimes gemacht wurde, hat auf Einschreiten der ausländischen Journalisten in Rom der Justizminister Roppa, sogar in einem Schreiben, ausdrücklich erklärt, daß das Gesetz auf Ausländer nicht angewendet werden solle. Wahrscheinlich hat man zur Verurteilung des neuesten Faschistengesetz „zur Verteidigung der öffentlichen Ordnung“ herangezogen. Sofort beim Bekanntwerden der Verurteilung Dellus hat die deutsche Botschaft die Aufmerksamkeit der italienischen Regierung darauf gelenkt, daß hier eine schwere Beeinträchtigung der Auslandsberichterstattung und ihrer Träger vorliegt.

Der Senatspräsident von Lissand, Tschakke, ist im Alter von 67 Jahren nach längerem Leiden einer Herzschwäche erlegen. Tschakke, ein alter Kämpfer der Unabhängigen Lissands, wurde im Jahre 1918 zum Vorsitzenden des lettischen Volkstages und dann vom ersten lettischen Parlament zum Staatspräsidenten gewählt. 1925 erfolgte seine Wiederwahl.

Riesenprozess gegen Henry Ford. In Detroit begann ein Riesenprozess gegen Henry Ford, der von dem Chicagoer Rechtsanwalt Sapito auf eine Million Dollar Schadenersatz verklagt worden ist. Die Zeitschrift Fords „The Dearborn Independent“ hatte in 20 Artikeln Sapito vorgeworfen, daß Sapito die Farmer-Hilfsorganisation geschaffen habe, um jüdischen Finanzinteressen zu dienen. Die Artikel sprachen von „Judenbänken“, „Jüdischen Anstreichern“ ujm.

Wilhelms Amazonenheer.

Deutschnationale Osterspaziergänge nach Doorn.

Jährlich zu Ostem empfängt Wilhelm der Ehemalige eine verzehrende Schmeichelei nach, deutsche Männer, deutsche Frauen um sich zu sehen und seine Firma sozusagen in empfehlende Erinnerung zu bringen. Darum ergehen von „Haus Doorn“ um diese Zeit stets Einladungs schreiben an ungefähr 20-25 sorgfältig geselehte, garantiert kaisertreue Leute, denen der Schloßherr von Doorn in allbetannter Redelust dann die Weltlage erklärt, damit sie wissen, mit welchem Fuhrer sie im kommenden Jahr ihre Schäflein und Hammel zu mästen haben.

Diese Propagandatätigkeit des Hauses Doorn spielt sich degressiv unter Ausschluß der breiten Öffentlichkeit ab, und auch in den Blättern der nunmehr „verfassungstreue“ gewordenen Deutschnationalen wird man kaum einen wahrheitsgemäßen Bericht über diese unter ihrer Regide entfaltete Propaganda finden. Nur selten gelingt es Augenstehenden, hier einmal hinter die Kulisse zu sehen.

Jetzt hieß am Dienstag in der deutschnationalen Frauengruppe der Arbeitsgemeinschaft Vullstade Nord, Mitte und Jannowibridge Stadtverordnete Frau Ulbrich im „Fürstentof“, Köpenicker Straße 137, einen Vortrag über ihren „Besuch im Hause Doorn“, und es ist interessant, wie diese im amtlichen Stadtverordnetenverzeichnis als „Heimarbeiterin“ bezeichnete Dame hier die „verfassungstreue“ Maske fallen ließ. „Alle Jahre mindestens einmal“, so erzählte sie, „lade der Kaiser aus den Kreisen der Bismarckbündler, der evangelischen Arbeiterbewegung und der deutschnationalen Partei Personen zu sich, um die Fühlung mit Seinem Volke nicht zu verlieren. Denn es sei immer wieder notwendig, dem deutschen Volke ins Gedächtnis zu rufen, wie groß das Verbrechen der Novembertage gewesen sei, und wie der so oft mißdeutete „Uebertritt“ des Kaisers nach Holland doch nur ein Opfer sei, das der Herrscher gebracht habe, um dem deutschen Volke noch größere Schmach zu ersparen — denn zweifellos hätten die „toten Nachthaber“ ihn sonst auf Verlangen der Entente ausgeliefert, und diese Schmach hätte sich nie vom deutschen Namen abwachen lassen. Doch der Versailles Vertrag hätte ursprünglich eine Klausel über die Auslieferung des Kaisers enthalten, und die Kunde davon und daß zum zukünftigen Erbe ihres teuren Gatten eine weltindische Insel mit mörderischem Klima bestimmt sei, habe „der Kaiserin das Herz gebrochen.“

Der Kaiser habe sich gottlobend infolge der schweren Erfahrung

gen des Weltkrieges gewandelt und geläutert, und nach seinen eigenen Worten sei es ihm jetzt klar, daß die Freimaurer und die internationalen Juden den Krieg entfesselt hätten — eine Genugtuung für jedes völkische Herz, das früher schmerzbewegt gesehen habe, wie oft es der Kaiser an der nötigen Distanz gegen diese Kreise habe fehlen lassen! —

Am zweiten Oftertage hätte, so erzählte Frau Ulbrich weiter, der Kaiser in einer erschütternden Predigt sein Schicksal mit dem des Gerichts des Pontius Pilatus über Christus verglichen; denn so wie auch Pontius Pilatus nicht aus sich heraus Christus angeschuldigt habe, so sei auch das deutsche Volk nur den Einflüsterungen der Fremdlinge erlegen. Und wenn man vom deutschen Profetarier spreche, das die Novemberrevolution auf dem Gewissen habe, so sei das eine infame Lüge, denn der deutsche Arbeiter sei kein Profetarier, und er, der Kaiser, an der Stelle eines deutschen Arbeiters, würde jeden, der ihn so tituliere, links und rechts ins Gesicht schlagen! Ob mit dem Titel „Profetarier“ durch dieses Rezept auch die Rot zu beseligern sei, verteil der Schloßherr von Doorn freilich nicht. Er hat auch, wie die „Heimarbeiterin“, Ulbrich bezeugt, genug mit seiner eigenen „Rot“ zu tun, denn in der schlimmen Zeit, als er für seine große Familie nur 50000 Mk. Rentnerrente erhalten hat, mußte er sogar eine Wiese seines Parkes verkaufen!

Im übrigen überließ es Wilhelm meist seinen Vasallen und Dienern, seinen „Gästen“ Gesellschaft zu leisten, aber schon die zwei Andachten und die sehr kurzen „Audienzen“ hätten genügt, den Ruf der Frau Stadtverordnete Ulbrich randvoll mit Begeisterung zu füllen, so daß sie zum Schluß in die zündenden Worte ausbrach: „So helfen Sie, liebe deutsche Frauen, alle mit zur Erreichung des herrlichsten Zieles — die Frau spricht ja oft noch, wenn Männer schweigen müssen! — damit wir bald sagen können: Nun ist sie überwunden, die kaiserlose, die jahrelange Zeit!“

Eine Diskussion fand natürlich nicht statt, doch hielt es die Vorsitzende, Frau Balch, noch für erforderlich, die „wertvollen Anregungen“ der Vortragenden durch das Versprechen zu ergänzen: „das undankbare Judenvolk, das nur den hohenjöllern seine Freiheit verdanke, habe zwar den deutschen Kaiserthron gestürzt, aber die deutschen Frauen würden ihn wieder errichten — und mit Gottes gnädiger Hilfe werde ihnen das große Werk gelingen!“ —

Sensationöchen im Wilms-Prozess.

Angeklagte und Zeugen mit schlechtem Gedächtnis.

Die Spannung im Fememordprozess Wilms hat am vierten Tage noch nicht nachgelassen. Selbst die Zahl der Regierungsexperten hat zugenommen. Die Gerichtsverhandlung wird immer wieder von neuen Sensationen und Sensationöchen durchbrochen. Man merkt es im Gerichtssaal, daß die Zeit der Schwarzen Reichswehr in gewissen Kreisen junger Leute heute noch stark nachwirkt. Die Arbeitskommandos waren eben die Hoffnung der völkischen Putschisten; Buchrucker hat es gestern vorzüglich zum Ausdruck gebracht:

„Sie haben nur gewartet, um den ganzen Sozialen zusammenzuschlagen.“

Und die zahlreichen jungen Leute, die durch die Arbeitskommandos gegangen sind, verfolgen mit größtem Interesse den Verlauf des Fememordprozesses. Da ist es kein Wunder, daß heute plötzlich ein neuer Zeuge erschien, der auch etwas über den Fememordprozess Wilms erzählen konnte. Es ist nicht wahr, daß die jungen Menschen, wie dies die Angeklagten darstellen wollen, aus purem Idealismus in die Arbeitskommandos gegangen sind; zu freffen hatten sie nichts. Und die seelische und materielle Not dieser jungen Leute haben Oberleutnant Schulz und die Seinigen in der schärfsten Weise mißbraucht.

Eigenartige Zeugen sind das. Während der Untersuchung hat ihr Gedächtnis vorzüglich funktioniert, jetzt versagt es. Im Gerichtssaal, da sie plötzlich vor ihren früheren Vorgesetzten stehen, erhält die militärische Suggestion Gewalt über sie. Sie reden die Angeklagten an: „Jawohl, Herr Oberleutnant“, und schlagen die Haden zusammen. Der eine oder der andere ist auch der Ansicht, daß noch immer alle zusammenhalten müssen.

Unter den Angeklagten ist es Budzinski, dem das Gedächtnis noch immer versagt. Um diesem nachzuhelfen und den Beweis zu erbringen, daß Oberleutnant Budzinski in den Zustügen des Jahres 1923, als Wilms in die ihm unterstellte Zitatelle Spandau gebracht wurde, noch nicht auf Urlaub gegangen sein konnte, legt der Staatsanwalt gestern ein polizeiliches Protokoll über eine Vernehmung Budzinskis vor, die eine angebliche Spionagesache eines gewissen Eiser zum Gegenstand hatte. Dieser Eiser hatte sich an der Havelbrücke plötzlich von seinen Begleitern, unter denen sich auch der Angeklagte Umhofer befand, losgerissen, und sich mit den Worten: „Häse, man will mich hier orteuchen“ unter den Schutz der Polizei begeben — ganz so, wie es seinerzeit der später ermordete Pannier gemacht hat. Der Angeklagte Budzinski macht dazu die bedeutsame Erklärung, daß er den Hauptmann Reiner um Rat gefragt habe, was er in dieser Sache bei der Polizei ausfragen sollte und den Befehl erhalten habe, daß er über innere Dienstangelegenheiten nichts ausfragen dürfe.

Der Zeuge Zimmermann, der frühere Burfche des Leutnants v. Poser, hat in der Voruntersuchung diesen Angeklagten schwer belästigt. U. a. hatte er damals erzählt, daß bei einer Auseinandersetzung zwischen v. Poser und dem Feldwebel Polz, dem Nachfolger Wilms, dieser zu jenem gesagt habe:

„Sie wollen es mit mir wohl genau so machen, wie mit Wilms.“

Vorkühender (zum Zeugen Polz): Wie kamen Sie zu dieser Äußerung?

Zeuge Polz: Es gingen doch damals allerlei Gerüchte über das Verschwinden von Wilms; ich wollte aber damit nicht sagen, daß v. Poser an diesem Verschwinden die Schuld trage. Der Zeuge Zimmermann bestätigt auch, daß es Falschbuch war, der zusammen mit Wilms nach Rathenow gekommen sei. Kebrigens war er es, dieser Zeuge, der auf den Befehl v. Poser seine Dienstprotokolle dem Wilms gebracht hatte, bevor er seine Fahrt mit Klapprotz, Bälching und Falschbuch antrat. Zimmermann behauptet auch, daß der Unteroffizier Roepke nach der Auffindung der Leiche von Wilms geäußert habe, daß dieser im Auto erschossen worden sei. Der Zeuge Roepke war es übrigens, dem Fuhrmann seine Wirtstierstochter an der Ermordung gebelacht haben sollte.

Es folgen nun eine Reihe von Zeugen, die darüber betunden sollen, ob das Kompagniefest, das der Angeklagte Fuhrmann seiner Mannschaft gegeben haben will, wirklich am Rortage stattgefunden hat. Der Kaufmann Maler, früher Wachmeister beim dritten Reiterregiment in Rathenow, hat an einem Mittwochabend mit mehreren Freunden eine Zecherei von acht bis zehn Leuten

aus einem Arbeitskommando mit angehen. Auch die Angeklagten Fuhrmann und Klapprotz sollen dabei gewesen sein.

Der Zeuge Bsdenga, der zu dem Trupp des Oberleutnants Fuhrmann gehörte, will wissen, daß Fuhrmann, der vom Oberleutnant v. Poser schon abgelöst worden war, noch etwa acht Tage lang in Rathenow geblieben sei. Er kann sich nicht mehr dessen entsinnen, daß Klapprotz bei dem Abschiedsfest der Kompagnie anwesend gewesen war; dagegen entsinnt er sich genau, daß der Angeklagte Fuhrmann bis zu den frühen Morgenstunden da geblieben war und dann mit einem Auto davongefahren ist. In der Brunterforschung hatte der Zeuge mehr gewußt. So konnte er z. B. sich damals an die Unmenschlichkeit Klapprotzs und auch zweier anderer erinnern, die aus Berlin gekommen waren und den Wagen in die Neue Welt mitgebracht hatten.

Der Zeuge Bülching bestritt durch seine Aussage schwer dem Angeklagten Fuhrmann; er war eines Abends mit seinem Motorrad zu einem Kompagniefest in die Neue Welt gekommen. Fuhrmann habe ihm das Rad abgenommen und sei für einige Zeit weggefahren. v. Poser hatte nämlich behauptet, daß Fuhrmann auf einem Motorrad dem von Schulz verschprochenen Auto entgegengefahren sei. Der Zeuge Bülching bestätigt, daß Fuhrmann wirklich mit Umhofer, Klapprotz und Falschbuch, die mit einem braunlackierten Auto eingetroffen waren, zurückgekehrt sei. Auch dieser Zeuge will wissen, daß Fuhrmann in den frühen Morgenstunden mit einem Mädchen im Auto weggefahren sei.

Eine Sensation bedeuten die Aussagen des Zeugen Becker. Auch seine Erinnerung muß auf Grund der Brunterforschung aufgeführt werden. Nach dem Verschwinden Wilms habe ihm Bälching auf seine Frage erklärt:

Wilms habe einen Auftrag, „von dem er sobald nicht wieder kommen“ würde,

und etwas später habe er noch hinzugefügt, „das Konio ist wiederumeingestiegen.“

Eine noch größere Sensation brachte aber der nächste Zeuge, der Student Lorenz aus Hensburg. Seinerzeit gehörte auch er dem Arbeitskommando auf der Spandauer Zitabelle an. Dieser Zeuge ist früher nicht vernommen worden. Er hat sich aber am Sonntag bei dem Justizrat Hahn gemeldet und erklärt, daß er wichtige Bekundungen machen könne. Er habe im Zuhörerraum gesessen und sich nun zur Aussage entschlossen. Und wirklich, seine Aussage ist nicht uninteressant. Der Zeuge war mit Bälching befreundet; eines Tages, kurz vor der Auffindung der Arbeitskommandos handelte dieser mit einer kleinen schwarzen Pistole. Auf die Frage, woher er diese Waffe habe, erwiderte Bälching: „Das ist eine alte Geschichte,

die gehörte einem Mann, den ich erschossen habe.“

Es war ein Halunke, der in Döberitz einen Soldatenrot bilden wollte. Zuerst wollten wir ihn mit Falschbuch verhauen, dann entschlossen wir uns, ihn zu töten. Wir unternahmen eine Autofahrt, Falschbuch steuerte den Wagen, ich und der Feldwebel sahen hinten. Plötzlich sah dieser eine Pistole und hielt sie mir mit den Worten vor: „Ich weiß schon, was Ihr wollt, laßt mich aussteigen.“ Da entriß ich ihm die Waffe und erschoss ihn damit; die Leiche warfen wir in die Havel.“ Der Vorsitzende und der Staatsanwalt interessierten sich, weshalb der Zeuge trotz der vielen Säulenanschläge bis jetzt geschwiegen habe. „Ich habe ja gar nicht gemußt, daß es sich um Wilms handelte. Als ich aber jetzt vom Zuhörerraum aus die Schilderung des Sachverhaltes hörte, kam ich erst darauf, daß es Wilms gewesen sein mußte.“ — Die Bedeutung dieser Aussage wird verständlich, wenn man bedenkt, daß Falschbuch und Bälching die einzigen sind, deren Aufenthalt unbekannt ist. Der Zeuge Zimmermann bestätigt, daß Wilms einen kleinen Revolver besessen hatte.

Bekannt ist für den Angeklagten v. Poser auch die Aussage des Handlungsgeschehen Riede aus Waldam. Er hatte in der Voruntersuchung betundet, daß er und andere nach dem Verschwinden von Wilms an den Angeklagten Poser herantreten sei und ihn gebeten hätte, festzustellen, ob der Verschwindene mit der aufgefundenen Leiche identisch sei. Poser habe ihm aber erklärt, er habe die Leiche schon gesehen und könne sagen, daß es sich nicht um Wilms handle. Der Zeuge will sich dieser Aussage nicht mehr entsinnen.

Eigenartige Zeugen sind das!



Der Toten Wohnungsmot

ausgefollt wird. Wer aber trotzdem Mittel und Wege findet, das Gesetz zu umgehen, wird mit 150 Mark Geldstrafe oder entsprechender Haft bestraft. . . in Preußen. Denn auf diesem Gebiet herrschen in den verschiedenen deutschen Vaterländern die unterschiedlichsten Rechtszustände. In Thüringen z. B. kann man die Asche der verstorbenen Angehörigen in der Wohnung aufbewahren, ohne daß die Obrigkeit irgend etwas dagegen hat. Auch Sachsen und die Hansestädte kennen keinen Bestattungszwang, und in Lübeck kann es der Verstorbene seinen Erben zur Pflicht machen, seine Asche in die Ostsee zu werfen. Was aber der Ostsee recht ist, ist darum der Havel nicht billig! Wer hier festhalten wollte, daß seine Asche an der „Bammeldecke“ in die Havel zu schütten oder irgendwo im Walde zu vergraben oder mit dem schönen romantischen Ausdruck „in alle Winde zu streuen“ sei, bräute seine Erben in eine peinliche Situation, denn sicher würde man zum Exempel ein Strafverfahren gegen sie eröffnen! Wer sich aber den Luxus erlauben kann, noch nach seinem Tode eine „Vergnügungsreise“ zu machen, braucht nur seine Ueberführung nach Gotha anzuordnen, dann kann er sich beisehen oder im Thüringer Walde verstreuen lassen. Bloß nach Preußen darf er nicht mehr, wenn er sich nicht in einen Friedhof oder ein Kolobarium sperren lassen will; denn bei uns herrscht Ordnung und eine derartige Beisehensabhandlung, wie in Thüringen, wo man die Asche der verstorbenen Angehörigen von Gotha nach Friedrichroda oder einen anderen Rest gänzlich gebührenfrei überführen kann, ist hier nicht gestattet!

Trotz aller Erschwerungen hat die Feuerbestattung immer mehr Anhänger gefunden, und zwei von den Berliner Krematoriumsfriedhöfen müssen schon dazu übergehen, die Aschenkapseln in der Mauer beizusetzen. In Wilmersdorf hat man an einem Teil der Mauer nun eine offene Halle gebaut und in der Art eines Kolobariums ausgestattet. Je zwei Urnennischen befinden sich übereinander, darunter sind dann noch zwei einfache, durch einen glatten Stein verschlossene Öffnungen zur Aufnahme der Aschenkapseln. Im Krematoriumsfriedhof Gerichtstraße aber hat man einfach die Mauer des Friedhofes in gleicher Weise ausgestattet. Wilmersdorf ist sogar dazu übergegangen, die Friedhofserde zu rationieren, und eine Erdbestattung der Aschenkapsel ist hier nur Wilmersdorfer Einwohnern erlaubt; alles „zugezogene Volk“ kommt an, resp. in die Wand. Ein besonderes Problem für die Krematorien ist aber die Beisetzung der „Vergessenen“, deren Aschenkapseln nach der Verbrennung nicht abgeholt wurden. Ursprünglich rechnete die Krematoriumsverwaltung für jede Aschenkapsel, die drei Wochen nach der Verbrennung nicht abgeholt war, 5 Mark „Lagergeld“. Die Fälle, in denen sich aber nach der Einsicherung niemand mehr um den Toten kümmerte, mehrten sich aber derart, daß jeder der Krematoriumsfriedhöfe jetzt ein Massengrab der Vergessenen hat, Wilmersdorf wie Gerichtstraße; und in dem Massengrab auf dem Friedhof Gerichtstraße sind nun schon die Aschenkapseln von 2000 vergessenen Toten namenlos beigesetzt.

Wie das Gesetz es befehlt . . .

So sammeln sich allenthalben die sauber verpackten Büchsen auf, und jezt 16 Jahre nach Erlaß des preussischen Feuerbestattungsgesetzes, wird bald ein Urnenfriedhof nach dem anderen dazu übergeben müssen, die Vergessenen, deren Stelle nicht mehr erneuert wird, in irgendeiner gemeinsamen Gruft beizusetzen. Woher kommt schließlich diese ganze „Wohnungsnot“ der Toten? Allein aus dem Paragraphen 6 des Feuerbestattungsgesetzes: „Die Aschenreste von verbrannten Leichen müssen in einem für jede Leiche besonderen, behördlich verschlossenen Behältnis entweder in der Urnenhalle (Urnengrab) oder in einer anderen behördlich genehmigten Bestattungsanlage beigesetzt werden.“ In Berlin wird die Befolgung dieser gesetzlichen Bestimmung auf die Weise gesichert, daß die Asche den Bestattungspflichtigen nur bei Nachweis des Erwerbes einer Urnenstelle

Gebührenfrei.

Ja, gebührenfrei — da liegt der Hase im Pfeffer! Denn als man sich endlich auch in Preußen entschloß, die fakultative Feuerbestattung freizugeben und gesetzlich zu regeln, da war es besonders die Sorge des Herrenhauses, daß die Feuerbestattung zu billig werden könnte, und in den „Ausführungsbestimmungen“ vom 14. September 1911 ist wirklich ausgeführt, daß auf eine Revision des Gebührentarifes hinzuwirken sei, wobei mit ins Auge zu fassen sein wird, daß durch zu niedrige Gebührensbestimmung nicht ein individueller Anreiz geschaffen werde, die Feuerbestattung der Erdbestattung vorzuziehen. Es wird . . . darauf Bedacht zu nehmen sein, daß die Kosten der Feuerbestattung nicht unter die der Erdbestattung herabsinken.“ Das ist in Wirklichkeit der springende Punkt: Ohne den Bestattungszwang würde die Feuerbestattung zu billig werden! Denn alle anderen Einwände gegen ein anderes Aufbewahren, Beisehen oder Verstreuen der Asche sind recht hinfällig. Die vorgeschriebene gerichtsarztliche Totenschau garantiert weitgehende Sicherheit gegen Verkleinerung eines Verbrechens, und es ist auch noch kein Fall öffentlich bekannt geworden, daß die Echtheit einer Aschenkapsel notwendig gewesen sei, um einem Verbrechen auf die Spur zu kommen. Von irgendwelchen hygienischen Bedenken kann aber überhaupt nicht die Rede sein, denn die wenigen ausgeglühten Aschenreste sind völlig keimfrei, und wenn das Vergraben kapselloser Asche auf freiem Felde oder im Walde überhaupt irgendeine Wirkung hat, dann höchstens, falls die, daß dort das Gras im nächsten Sommer ein wenig grüner und dichter steht. . . Aber da bleibt noch die Pietät. Es ist ja sicher eine schöne Sache damit, aber viel ist hier in der Großstadt sowieso damit nicht anzufangen. Denn die Bestattung in Reihengräbern, nach der Nummer, und die endlos weiten Entfernungen reißen die einzelnen Bestattungsstellen so weit von einander, daß an eine wirkliche Grabpflege von der Familie oft gar nicht gedacht werden kann, und Erdbegräbnisse kann sich der Proletarier nicht leisten. Wohl aber können gute Freunde selbst das Verstreuen der Asche in Formen

vornehmen, die niemandes Gefühl verletzen, und wer die Asche des Verstorbenen in der eigenen Wohnung aufbewahren will, beweist damit vielmehr mehr Pietät als der, der seinen Renommierverfahren eine Totenkapsel aus Marmor baut . . .

Vom Pietätsgeschäft.

„Sehen Sie, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein. . .“ Und an dieses schöne Lied muß man unwillkürlich denken, wenn man die Bestattungskosten der verschiedenen Gemeinde- und Kirchenfriedhöfe vergleicht. Am billigsten ist hier die Stadt. Dort 14,50 bis 21,50 kostet durchschnittlich eine Beisetzung auf einem städtischen Friedhof, aber es gibt auch da große Schwankungen, denn der städtische Friedhof Herrstraße z. B. hat keine Stelle unter 100 Mark, und ein Quadratmeter Boden kann hier sogar 300 Mark kosten! Dazu kommen dann noch 10 Mark für die Beisetzung und 10 Mark für die Anfertigung der Gruft; in Erkner kann sich aber allein von diesen Gebühren eine ganze Familie begraben lassen, denn Erkner hält den Rekord der Billigkeit und rechnet für die Urnenstelle nur 1 Mark und 1 Mark für die Beisetzung! Aber selbst die Gemeindefriedhöfe, bei denen der Preis der Stelle an sich ungefähr gleich ist, stellen recht verschiedene Gesamtkosten auf: Da werden auf einzelnen Friedhöfen die Stellen nur mit „Lafelzwang“ abgegeben, d. h. es wird von den Gemeinden eine einheitliche Lafel geliefert und dafür werden 3 bis 18 Mark in Rechnung gesetzt. Auch aus der Bepflanzung der Stellen verstehen manche Gemeinden ganz schön Kapital zu schlagen: Tempelhof rechnet für die Bepflanzung einer Stelle 18 Mark — bei



Ein Massengrab für Aschenreste.

anderen Gemeinden wird sie für 4 bis 5 Mark geliefert, wieder bei anderen einfach den Angehörigen überlassen. Angebot und Nachfrage wirken aber auch hier preisregulierend, und so hat der kirchliche Friedhof in Stahnsdorf, der den Berlinern doch zu weit draußen liegt, keine Preise bedeutend herabgesetzt, so daß man sich jetzt dort schon für 24 Mark begraben lassen kann. Aber sonst — sonst versteht es die Kirche ausgezeichnet, aus dem Pietätsgeschäft Geld zu

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1926 by Paul Zaunsky, Wien

44]

„Und vor mir konnte er gar nicht genug lebenswürdig sein.“
 „Ich muß dir noch ein Wort sagen; wenn du wieder zu Hause sein wirst, so beobachte alles, ohne zu sprechen. Du mußt deine Kräfte für den entscheidenden Moment aufsparen.“
 „Schon wieder so geheimnisvolle Worte, erkläre es mir endlich.“
 „Ich weiß es nicht gewiß, ich denke mir, daß der Augenblick kommt, wo man einen Entschluß fassen muß und für diesen Augenblick gilt es, seine Kräfte zu sparen.“
 Der Schaffner rief: Einsteigen nach Lausanne, Bienne, Delémont, Basel!“
 Ich stieg in mein Abteil und ein paar Minuten später setzte sich der Zug in Bewegung nach Lausanne. Wieder fühlte ich mich ganz zerschlagen. Mir war, als ginge jede Umdrehung der Räder durch meinen Leib, das Rollen des Zuges riß an meinen Nerven; während der ganzen Fahrt sah ich regungslos auf meiner Bank zusammengekauert. Plötzlich blieb der Zug stehen, wir waren in Lausanne.
 Ich fuhr mit der Hand über die Stirn, um meine Bangigkeit zu verschleppen.
 Mir schien es, als Schritte ich einem Abgrund entgegen, der mich in die Tiefe zog. Einen Augenblick durchdringt mich der Gedanke, in Lausanne zu bleiben, aber ich wies ihn zurück. Das wäre Feigheit, vielleicht konnte ich das Schiffslein doch noch retten.
 Und unwillkürlich wiederholte ich ganz laut: „Vielleicht, ja vielleicht!“

Die Tat.

Ich wurde mit offenen Armen aufgenommen und die ersten Tage ging alles gut. Der Vater war überströmend herzlich zu mir, aber ich trat aus meiner Zurückhaltung nicht heraus. Der Hase, den ich empfand, schlief nicht ein; je mehr ich mit dem Vater beisammen war und meine Abneigung verbergen mußte, um so heftiger und glühender wurde er. Die Beziehungen zwischen den Eltern waren sehr gespannt. Die Mutter begrüßte den Vater gleichgültig und wenn er sie auf die Stirn küßte, senkte sie ergeben den Kopf. Paul hatte nicht selten unter dem Jähzorn des Vaters zu leiden.

Dann kückte der arme Kleine zu mir und so oft ich konnte, ging ich mit ihm spazieren. Das waren die einzigen wirklich schönen Stunden.

In der ersten Woche kam der Vater fast nüchtern nach Hause; wohl strömte kein Atem einen leichten Geruch von Rum oder Kognak aus, aber sein Benehmen war tadellos.
 „Das ist ein wahres Wunder, ich bin nur neugierig, wie lange es diesmal anhalten wird,“ meinte André.
 Es dauerte nicht lange; eines Abends, als er gegen elf Uhr heimkam, schwankte er ein wenig auf seinen Beinen. Wir saßen im Speisezimmer, die Mutter stopfte Strümpfe, André und ich lasen, die Kleinen waren schon zu Bett gegangen. Mit schwerer Zunge grüßte der Vater und küßte meine Mutter zärtlich. Sie stieß ihn voll Eitel zurück und sagte streng: „Du hast schon wieder getrunken.“
 Er ließ sich auf den Diwan fallen und begann bitterlich zu weinen, wie ein kleines Kind. Sie sah ihn an, zuckte die Achseln und dann sagte sie ihm englisch, die Verachtung klang aus ihren Worten: „Geh schlafen, du wirst so am besten deinen Rausch los.“
 Er erwiderte in derselben Sprache: „Schämst du dich nicht, mich in Gegenwart der Kinder zu beschimpfen?“
 „Die Kinder schlafen schon,“ erwiderte sie französisch, „und wenn du dich nicht schämst, so vor deine Kinder hinzutreten, so schäme ich mich natürlich auch nicht, dir gerechte Vorwürfe zu machen. Glaubst du denn, daß sie blind sind? Glaubst du denn, sie sehen nicht, wie du bist?“
 Er beharrte darauf, das Gespräch englisch fortzuführen: „Wie kannst du erwarten, daß sie ihren Vater achten, wenn du mich vor ihnen beschimpfst?“
 „Hör schon einmal mit dieser Komödie auf, längst achte ich ja niemand mehr.“
 Er stellte sich ferngrade vor ihr auf. „Du bist schlecht. Wie kannst du es wagen, mich in Gegenwart meiner Söhne zu beschimpfen?“ brüllte er.
 Ich wollte mich auf ihn stürzen, aber André hielt mich am Ärmel zurück.
 „Rüh dich nicht vom Platze, er tut ihr nichts.“
 Die Mutter blickte ihrem Peiniger starr ins Gesicht, ich glaubte, daß sie ihn ohrfeigen werde.
 „Sag nur noch einmal, was du gesagt hast, sag's nur!“
 Er senkte den Kopf und begann im Zimmer auf und ab zu gehen, dabei gestikulierende er heftig.
 „Du bist der gemeinste Mensch, gemeiner als alle anderen, ich habe es dir schon oft gesagt und ich wiederhole es hier, in Gegenwart deiner Söhne,“ schrie sie.

Er wendete sich zu uns, streckte die Arme aus, als wolle er uns zu Zeugen nehmen.
 „Seht nur, wie eure Mutter mich behandelt, wie den letzten Schurken. Jawohl, ich habe Fehler begangen, ich habe meine Pflichten verletzt, das gebe ich alles zu. Oft bin ich schwach gewesen doch ich hatte immer den festen Willen, für euch zu kämpfen. Aber weil mich das Unglück verfolgt hat, ist noch lange kein Grund vorhanden, mich jeden Tag mit Vorwürfen zu überhäufen. Wie oft habe ich nicht versucht, den Stier bei den Hörnern zu packen, gegen alle Widrigkeiten anzukämpfen, aber das Unglück ist immer stärker gewesen als ich. Und eure Mutter war immer bereit, den ersten Stein auf mich zu werfen, sie hätte mir helfen, mich ermutigen, mir neue Kraft einflößen, mich wieder aufrichten können. Aber sie hat sich mit meinen Feinden verbunden und mich verfolgt.“
 „Nun, nun,“ warf ich ein.
 „Schweig,“ riefen die Mutter und André im Chor, „er redet ja irre.“
 Er sogte meinen Einwand als Vorwurf für die Mutter auf und wendete sich jetzt ausschließlich an mich.
 „Du weißt nicht alles, mit ihr ist das ganze Unglück ins Haus gekommen; sie wirst nur meine Schulden vor, aber wie hätte ich denn sonst ihre luxuriösen Gelüste befriedigen können?“
 „Welche luxuriösen Gelüste?“
 „Nun, du scheinst immer gerade das zu vergessen, was dir paßt. Erinnerst du dich des Kaffeeservices aus Sevresporzellan, das für die Königin von Schweden angefertigt worden war? Du hast es dir in den Kopf gesetzt, ein gleiches zu bekommen. Da man das Modell vernichtet hatte, war es nicht möglich. Die gnädige Frau hatte sich dann ein fast gleiches machen und das Modell zerschlagen lassen; ist das wahr, ja oder nein?“
 „Es ist wahr.“
 „Hört ihr, daß es wahr ist? Die Gnädige hatte königliche Launen. Wieviel tausend Franken hat es gekostet, könntest du mir das nicht sagen?“
 „Das braucht dich nicht zu bekümmern, du hast es ja nicht gezahlt.“
 „Wieso habe ich es nicht gezahlt?“
 „Nein, meine Mutter hat es doch gezahlt.“
 „Und sie hat es von deiner Wittigst abgezogen. Und die anderen Ausgaben, zu denen du mich gezwungen hast? Und einmal habe ich in ganz Paris herumlaufen müssen, um die Kristallchale zu finden, die du zwei Jahre früher in einer Auslage gesehen hattest.“
 (Fortsetzung folgt.)

ziehen! Bist man keine Angehörigen auf dem Kirchhof ihrer Kirchengemeinde beisehen, hat man trotzdem die Stelle zu kaufen, will man sie aber aus irgendwelchen Gründen auf einen anderen Friedhof beerdigen, so verlangt die Gemeinde „Auslösung“ der nicht benutzten Stelle, und eines schönen Tages kriegt man ein Schreiben im Koffern, in dem die Kirche für eine Bestattung, die ihr sozusagen entzogen wurde, Geld verlangt! Für Andersgläubige wird die Stellengebühr doppelt gerechnet, von einem Genossen wurde sogar, weil er Dissident war, für die Bestattung seiner evangelischen Ehefrau doppelte Lage verlangt! Die Stellen selbst sind reichlich teuer auf den Berliner Kirchhöfen — den Vogel schießt wohl der Petrikirchhof am Königsplatz ab; der verlangt für eine 50 mal 50 Zentimeter große Urnenstelle 98 Mark, und bei späteren Beisetzungen auf derselben Stelle (vier Urnen sind zulässig) jedesmal denselben Betrag! Die übrigen Kirchen aber verlangen, so weit sie Urnenbestattung auf ihren Friedhöfen überhaupt zulassen, an „Rebengebühren“ das äußerste herauszuschinden. Der „Merzplatz“ kostet 1 bis 6 Mark, neben der Stelle werden noch bis zu 20 Mark an „Totgebühren“ gerechnet; für den Leichenträger, der die Urne von der Tür bis zur Gruft bringt, rechnet man auf dem Emmauskirchhof 3,30 Mark, und auf dem Markuskirchhof muß für die schwarze Decke, die der Leichenträger über die Achtenkapel deckt, 3 Mark gezahlt werden, trotzdem dieser ständig wieder benutzte Stoff vielleicht nicht einmal neu so viel gekostet hat!

Das ist nun nur eine kleine Blütenlese aus der Anarchie des Groß-Berliner Bestattungswesens, und sicher herrschen in fast allen preußischen Großstädten ähnliche Verhältnisse. Es wäre Zeit, einmal an eine Reform unseres preußischen Feuerbestattungsgesetzes oder besser, an eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie zu denken und dabei nach schäfflichem und thüringischem Vorbild endlich den Bestattungsmang fallen zu lassen; denn es gibt Zeiten, in denen Gesetze schnell altern — zumal solche „Spätlinge“, wie dieser Sprößling des Preussischen Landtages und des „Herrnhäuser“!

Durch Berlin für 20 Pfennige. Die Geburtswochen des Einheitstarifes.

In großen und ganzen klappt es schon, das darf man offen zugeben! Und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich unser Berliner Großstadtpublikum in wenigen Tagen an den Einheitstarif gewöhnt haben wird. Sehr begrüßt wird, wenigstens in sozial eingestellten Kreisen der Bevölkerung, daß auf der Hoch- und Untergrundbahn das leidige „Klassenwahlrecht“ gefallen ist. Hat doch beispielsweise das sozialistische Kabinett Slauning in Dänemark auch bei den Fernzügen eine Einheitsklasse geschaffen und damit gezeigt, daß es auch bei der Benutzung der Verkehrsmittel nicht unbedingt Menschen erster, zweiter, dritter und vierter Klasse zu geben braucht!

Wie man weiß, ist es nach den Bestimmungen unzulässig, auf einen und denselben Einheitsfahrchein hin- und zurückzufahren. Ganz Gerissene freilich haben auch diesmal ein Loch im Janus des Gesetzes entdeckt, durch das sie hindurchschlüpfen können. Will man beispielsweise vom Halleschen Tor zum Bahnhof Gneisenaustraße oder Hermanaplatz und dann wieder zurück zum Halleschen Tor, so kann man bei der Hinfahrt die elektrische Straßenbahn und bei der Rückfahrt die Untergrundbahn benutzen. Da nun auf diesem Untergrundbahnhof nur ein Bahnsteig ist, von dem aus die Züge nach beiden Richtungen fahren, so hat der kontrollierende Beamte keine Möglichkeit, festzustellen, ob sein gerissener Fahrgast nicht nach dem Halleschen Tor zurückfährt. Und eine Ausgangskontrolle besteht ja nicht mehr! Auf allen Bahnsteigen der Hoch- und Untergrundbahn in der Richtung Neukölln, mit alleiniger Ausnahme des Bahnhofs Besse-Platz-Strasse, ist nur ein Bahnsteig, so daß hier der gleiche Verstoß gegen die Beförderungsbestimmungen überall möglich ist. Und ebenso werden die Dinge beim Bahnhof Kreuzberg liegen, wenn diese Strecke weiter ausgebaut sein wird.

Ungeahnt und deshalb vorläufig unangenehm ist für die Schaffner auf den Autobussen der Uboag das Knippen der Fahrscheine mit der Lohzange. Bisher hatten sie nur nötig, den Fahrchein einzureihen, und so will vorläufig, besonders in den Hauptverkehrszeiten, die bisher ungeübte Tätigkeit nicht allzusehr vorwärtsgehen. Aber auch diese kleine Katastrophe wird sich natürlich bald lösen.

Im großen und ganzen darf man sagen: Der Einheitstarif marschiert!

Ein Kostüm für 2 Mark!

Bei einem verdächtigen Handel wurde von Streifenbeamten der Spandauer Kriminalpolizei ein Mann angehalten, der durch die Lokale mit gewissem Damenverkehr haushieren ging. Er bot hübsche Frühjahrs- und Badkleider und Kostüme für 2 bis 10 Mark das Stück an und hatte bei diesen Preisen natürlich guten Absatz. Weshalb er so billig verkaufen konnte, war bald aufgeklärt. Der Händler wurde festgestellt als ein der Kriminalpolizei als Kollidier bereits bekannter 30 Jahre alter wohnungs- und beruflosler Max L. Er hatte seine Waren zwei Stunden vorher nach seiner Art auf dem Lehrtor Bahnhof „eingekauft“. Eine Berliner Konfektionsfirma hatte drei große Kartons mit Frühjahrskleidern auf dem Lehrtor Bahnhof als Eigentum nach Harburg a. d. E. aufgegeben. Während die Kartons auf dem Bahnsteig auf einem Transportwagen lagen, um in den D-Zug verladen zu werden, benutzten L. und ein noch unbekannter „Kampagnon“ die Gelegenheit, in einem unbewachten Augenblick je einen Karton an sich zu reißen und damit vom Bahnhof zu verschwinden. L. war sofort nach Spandau gefahren, wo die Beute zu Geld zu machen. Der größte Teil dessen, was er bereits verkauft hatte, wurde bei den Käuferinnen wiedergefunden und ebenso wie sein Vorrat beschlagnahmt. Seinen „Kampagnon“ will er nicht kennen.

Eine wirkliche Totengebendfeier.

Eine Totengebendfeier, die sich wohlthuend von der nationalistisch-militärischen Feier des Herrn Pfarrers Siems am letzten Sonntag abhob, verammelte am Montag nachmittags einen großen Teil der Beamten und Angestellten des Landgerichts I (Grunerstraße). Die Anregung war vom Beamtenauschuss ausgegangen. Die Feier begann mit einem Musikstück von Beethoven. Darauf folgte eine Ansprache von einem Mitglied des Beamtenauschusses, in der zum Ausdruck kam, daß man immer der für uns und für das Vaterland gefallenen Brüder gedenken möge, die aus Begeisterung und in erster Pflichterfüllung ihr Leben hingegeben haben, daß man aber auch künftighin dahin wirken möge, daß nie und nimmer solche Opfer wieder gebracht werden müssen. Zum Schluß forderte der Redner von den Anwesenden, im Sinne der toten Kameraden durch erste Pflichterfüllung, jeder an seinem Posten, am Aufbau des deutschen Volkstaates mitzuarbeiten. Das Lied vom guten Kameraden schloß die Feier.

Elektrische Züge Berlin—Tegel—Velten.

Auf der Strecke Schönholz—Velten wird heute der elektrische Betrieb zunächst mit einem Zuge aufgenommen. Entsprechend der Zahl der zur Verfügung stehenden Fahrzeuge werden dann noch und noch sämtliche Dampfzüge durch elektrische Züge ersetzt.

Selbstanschlußamt Schwadowitz.

Am 20. März wird in Berlin-Schwadowitz, Berliner Str. 11, eine neue Fernsprechemittlungsstelle mit Selbstanschlußbetrieb unter der Bezeichnung „Schwadowitz“ eröffnet, an die eine Anzahl von Teilnehmeranschlüssen der Vermittlungsstellen Grünau und Zeuthen herangeführt wird. Es wird dringend empfohlen, vor

Gegen die Kulturreaktion! — Für wahren Jugendchutz!

Freitag, den 18. März, abends 7 1/2 Uhr, in den Prachtgärten am Märchenbrunnen, am Friedrichshain 29-31.

Große Protestkundgebung

gegen das Gesetz zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten. Redner: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R. — Lichtbildervorführungen und Darbietungen der Jugendgruppen. — Zur Beteiligung rufen auf die dem Arbeiter-Kulturfaktell Groß-Berlin angehörenden nachstehenden Organisationen

Sozialistische Arbeiterjugend, Jungsozialistische Vereinigung, Arbeitergemeinschaft der Kinderfreunde, Gewerkschaftsjugend, Jugendgruppe der KfV-Gewerkschaften, Jugend-Abteilung des Touristen-Vereins „Naturfreunde“, Freie Turnerische Groß-Berlin, Arbeiter-Sängerbund, Ortsauschuss des VDSB, KfV-Ortsrat, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Volksbühne E. V., Bezirksverband SPD., Arbeiter-Kulturfaktell Groß-Berlin.

Anforderung von Verbindungen mit Teilnehmern der Vermittlungsstellen Grünau und Zeuthen aus dem Fernsprechnachrichtendienst 1927 festzustellen, welche Anschließbezeichnung der verlangte Teilnehmer erhalten hat. Nur dann können Verbindungen ohne Fehlerverlust hergestellt und verzögernde Nachfragen bei den anfangs stark belasteten Auskunftsstellen vermieden werden (verstehe auch die Ausführungen auf dem roten, dem Fernsprechnachrichtendienst beigegebenen Merkblatt). Der Betrieb des neuen Amtes Schwadowitz ist dem Fernsprechnachrichtendienst in Berlin unterstellt.

Wie bereits bekanntgegeben worden ist, veranstaltet die Oberpostdirektion eine Reihe von Vorträgen, in denen die Teilnehmer der vorhandenen Vermittlungsstellen für den Selbstanschlußbetrieb über die neue Betriebsweise unterrichtet können. Weitere Vorträge sind vorgesehen: in Zehlendorf am 16. 17. und 18. März in der Oberrealschule, Burggrafenstr. 27; in Spandau am 21. 22. und 24. März in der Oberrealschule, Rottkestraße, und in Wannsee am 28. 29. und 30. März in der Wilhelm-Conrad-Schule, Charlottenstr. 10.

Berliner Blindenfürsorge.

Die Blindenanstalt der Stadt Berlin hatte gestern Besuch. Die Vertreter der Presse waren eingeladen worden, die Einrichtungen der Anstalt (in Berlin-Südost im Hause Oranienstraße 26) zu besichtigen.

Direktor Riepel, der einleitend über die Aufgaben dieser Wohlfahrtsanstalt sprach, legte Wert darauf, ein gegen die Blinden bestehendes Vorurteil zu zerstreuen. Wer den Blinden helfen will, muß ihnen Arbeit und Lohn verschaffen. Das ist in größerem Umfang nur möglich, wenn noch mehr als bisher die Bahn frei wird für die Einstellung von Blinden in Betrieben des Gewerbes und der Industrie. Daß ein Blinder nichts Rechtes leisten könne, ist ein Irrtum, dem man bei Arbeitgeber und Arbeiter noch recht oft begegnet. Nicht selten erlangen aber Blinde in geeigneten Berufen eine so weitgehende Leistungsfähigkeit, daß sie mit einem Vollarbeiter fast Schritt halten können. Die wegen der Unfallgefahr und der Unfallversicherung früher für nötig gehaltene Erziehung der Verwendung von Blinden in gewerblichen Betrieben ist unter dem Einfluß des Krieges gemildert worden, doch das Vorurteil besteht fort. Die Beschäftigtenfürsorge Berlins hat, dank dem Gesetz, das auch den Blinden zugute kam, etwa 800 Blinde in Arbeit bringen können. Durch die Fürsorgegesetzverordnung von 1924 ist den Gemeinden die Aufgabe zugewiesen, die Blindenfürsorge auch auf die Ausbildung der Blinden zu erstrecken, auf die Ausbildung auch der Blinden, die längst über das Alter der Schulpflicht hinaus sind. Diese Fortschritte sind Errungenschaften der modernen Blindenfürsorge.

Die Fürsorge der Berliner Blindenanstalt kann ihr Ziel weniger weit setzen. Sie hat eine Blindenschule für schulpflichtige Kinder, eine Fortbildungsschule für Jugendliche und Erwachsene, eine Beschäftigungsanstalt für Erwachsene. Die Beschäftigungsanstalt ist für arbeitsfähige Blinde nicht mehr als ein Anstehes. Stuhl- und Mattenflechterei, Bürsten- und Besenbinderei und Korbmacherei sind die hauptsächlichsten Beschäftigungen der etwa 250 Männer und Frauen, die täglich von ihren Angehörigen zur Anstalt geführt werden, um in den Werkstätten zu arbeiten. Die Blinden zu beschäftigen und sie vor dem Mißbrauch erzwingender Untätigkeit zu bewahren, ist hier der eigentliche Zweck. Die Löhne, die sie täglich dabei verdienen, sind gering. Beim Verkauf der angefertigten Waren, für die die Anstalt in ihrem Hause einen offenen Laden hat, wird nicht der Preis unterboten, sondern durch gute Arbeit um die Gunst der Käufer erworben. Aber die Mehrzahl der zur Beschäftigungsanstalt kommenden Blinden gehört eben doch nicht mehr zu den rasch Arbeitenden, so daß der in Akkordarbeit verdiente Lohn nicht demjenigen eines sehenden Vollarbeiters gleichkommt. In den Räumen der Beschäftigungsanstalt haben wir manche bejahrte Frau und Mann, die ein Leben voll Sorge müde und morsch gemacht hat. Die weiblichen Handarbeiten, die früher gleichfalls in der Beschäftigungsanstalt gepflegt wurden, sind abgebrochen worden, weil sie gar zu wenig Lohn brachten.

Ein großer Segen geht von der Blindenschule aus, die den blinden Kindern das Nötigste an Schulbildung aufbleibt und ihnen den Weg ebnet, sich in das Volksganze als nützliche Mitglieder einzuordnen. Blinde wollen nicht bemitleidet werden, sondern fordern Anerkennung ihrer Brauchbarkeit und Verwendbarkeit als Mitarbeitende und Wisschaffende. Die Schulrichtungen der Berliner Blindenanstalt, ihre Blindenschule und ihre

Blindenfortbildungsschule, sind wichtige Mittel der Blindenfürsorge. Sie tragen dazu bei, die Blinden arbeitsfähig zu machen und ihnen hiermit ihr Los zu erleichtern.

Brandstiftung und Meineid.

Zuchthaus für einen deutschnationalen Stadtverordneten.

Ein interessanter Fall beschäftigte gestern das Potsdamer Schwurgericht. Wegen eines eides angeklagt war der 37jährige Sägewerksbesitzer und Stadtverordneter Karl Lehmann aus Jüterbog. Aus einfachsten Verhältnissen hatte sich Lehmann emporgearbeitet. Er besitzt in Jüterbog ein großes Sägewerk und bekleidet seit 25 Jahren das Amt eines Stadtverordneten in Jüterbog, ist Fraktionsvorstand der deutschnationalen Volkspartei und bekleidet außerdem zahlreiche Ehrenämter. Sein Einfluß ging weit über Jüterbog hinaus.

Am 22. Oktober 1905 brannte das Sägewerk ab, das der Angeklagte mit seinem Sozjus Adolf Haase inne hatte. Die Feuerlozietät zahlte eine Versicherungssumme von 18400 Mark aus. 1917 schied Haase aus dem Wert aus und setzte sich zur Ruhe. 1924 verlor er sein ganzes Vermögen und nun kam er dauernd dem Angeklagten mit Forderungen. Zwanzig Jahre waren seit dem Brand des Sägewerks verstrichen, da schwirrten 1925 Gerüchte in Jüterbog herum, daß der Stadtverordnete Lehmann mit seinem damaligen Sozjus Haase das Sägewerk in Brand gesteckt haben sollte. Die Feuerlozietät erfuhr davon, Haase war inzwischen verarmt, lag im Siechenhaus, aber Lehmann war inzwischen in Jüterbog in einflussreicher Stellung und sehr vermögend. Haase wußte, daß die Schuld der Brandstiftung nach zehn Jahren verjährt. Er schrieb Briefe an seine Verwandten des Inhalts, daß er und Lehmann seinerzeit das Werk in Brand gesteckt hätten. Die Feuerversicherung sandte zuerst einen Versuchsdallan voraus: sie stellte eine Rückforderung von 1000 Mark an Lehmann. Diese wurden anstandslos bezahlt und darauf fragte die Versicherung die weiteren zu Unrecht gezahlten 17000 Mark ein. Der Angeklagte weigerte sich, diese zu zahlen; nun schob man ihm den Eid darüber zu, daß er das Sägewerk nicht in Brand gesteckt hat. Am 30. November 1926 beschwor Lehmann vor der Potsdamer Zivilkammer folgendes: „Ich habe das der Offenen Handelsgesellschaft gehörige Sägewerk in Jüterbog in der Nacht zum 22. Oktober 1905 weder selbst in Brand gesteckt, noch ist dasselbe durch andere mit meinem Willen und Wissen in Brand gesteckt worden.“ Dieser Eid war falsch, denn später, durch den Oberlandjäger Klauke bei Verwandten des Haase beschlagnahmte Briefe bezeugten deutlich, daß der Angeklagte und sein damaliger Kompagnon den Brand angelegt hatten, um die Versicherungssumme erreichen zu können. Der Staatsanwalt beantragte wegen willkürlichen Meineides drei Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und diesbezügliche Nebenstrafen. Das Urteil erging gegen den voll geschäftigen Angeklagten auf ein Jahr sechs Monate Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und dauernde Unfähigkeit, als Zeuge und Sachverständiger aufzutreten. Der Angeklagte wurde sofort in Haft genommen.

Noch eine gekürzte Gemeindegroße.

Unterzahlungen von Ründelgebern und andere Handlungen der Untreue wurden dem Rechtskonsulenten Eugen Kuttowski aus Neukölln zur Last gelegt, der eine Zeitung im Gemeindegeldern Neuköllns eine Rolle gespielt hatte. Er bekleidete eine Reihe von städtischen Ehrenämtern, so war er Mitglied des Bezirksrats sowie Bezirks- und Armenvorsteher. Politisch gehörte er zur Deutschnationalen Partei. In seiner amtlichen Eigenschaft übernahm er die Vormundschaft für einen wegen Geisteschwäche einmündigen Mann, der einen Beschlusseil an einem Grundstück in der Schopenhauer Allee hatte. Den überwiegenden Teil seiner Einkünfte hat R. nicht an sein Ründel abgeführt, sondern für sich selbst verwendet. Mehr als 2000 Mark hat R. auf diese Weise veruntreut. Von den monatlichen Einkünften in Höhe von 200 M. gab er kaum mehr als 25 M. ab und sagte immer, das Finanzamt sage ihm „zu arg auf der Pelle“. Um die Veruntreuungen vor dem Vormundschaftsgericht zu verschleiern, hatte sich R. von seinem geistesgeschwachen Ründel Blankoquittungen ausstellen lassen, die er dann mit Abrechnungen ausfüllte. Auch als Hausverwalter hatte R. in einem anderen Falle seinen Auftraggebern die Hauszinssteuerbeträge in Anrechnung gebracht, sie aber nicht abgeführt. Der Angeklagte, der sich sogar ein Auto zugelegt hatte, entschuldigte sich mit seiner „Kostage“, in die er durch die Ausgaben infolge der vielen städtischen Ehrenämter geraten sei. Das Schöffengericht Neukölln hatte ihm das nicht geglaubt und ihn zu der Strafe von ein Jahr drei Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust wegen Untreue in verschiedenen Fällen und wegen schwerer Urkundenfälschung verurteilt. Auf die von Rechtsanwält Dr. Arthur Brandt angelegte Berufung kam die Berufungskammer des Landgerichts II zu einer Herabsetzung der Strafe. Einmal wurde die mit den Blankoquittungen vorgenommene schwere Urkundenfälschung als eine mit der Untreue im Zusammenhang stehende einheitliche Handlung angesehen, dann aber erfolgte auch Freisprechung in vier Fällen der Untreue, die dadurch begangen sein sollte, daß der Angeklagte Honorare an Anwälte für Zivilprozesse, die ihm zur Führung übertragen worden waren, zwar vereinnahmt, aber nicht abgeführt hatte. Hierbei kam ihm eine Lücke im Gesetz zugute. Die Strafkammer setzte das Urteil auf 10 Monate Gefängnis herab, und ließ auch den vom Schöffengericht erkannten Ehrverlust wegfallen. Eine Bewährungsfrist wurde von der Strafkammer jedoch glatt abgelehnt.

Der Mann auf der Hochspannungsleitung. Am gestrigen Dienstag nachmittags 14 Uhr erlitterte der etwa 20jährige Eduard Bluffwa aus der Schäferstraße zu Spandau in selbstmörderischer Weise die Hochspannungsleitung. Er fiel jedoch herunter und wurde von einer Streife der Reichswassererschuppel in schwerverletztem Zustande auf dem Boden liegend aufgefunden und von der alarmierten Feuerwehr nach dem Krankenhaus Synarstraße in Spandau gebracht. Er hatte an den Händen schwere Brandwunden und auch durch den Fall noch andere schwere Verletzungen erlitten.

Funkwinkel.

Bruno Seidler-Winkler hat an diesem Abend unproblematischer Beethoven-Werke Gutes. Dem Konzertabend ging eine Einführung Dr. Leopold Schmidts voran. Da Dr. Schmidt erkrankt war, mußte sie leider nach dem Manuskript verlesen werden. Einen anderen Klavier der Tonkunst behandelte Prof. Oskar Wappenschmidt, der über den „Aufbau der Opern Mozarts“ sprach. Er zeigte an der Oper „Figaros Hochzeit“ Mozarts geniale musikalische Ausdruckskraft, die dort noch Tiefe und Zusammenhänge in das Werk hineinfogte, wo das Textbuch davon nichts ahnen läßt. Der anregende Vortrag hätte allerdings noch an Wert gewonnen, wenn Prof. Wappenschmidt öfters stärker, als es der Fall war, zu musikalischen Erläuterungen gegriffen hätte. Denn nicht allzu viele Hörer werden sich unter einem Uebergang von Es-Dur nach B-Dur etwas vorstellen können, aber fast alle werden ihn verstehen, wenn man ihn auf dem Klavier deutlich macht. Von den übrigen Vorträgen seien die Ausführungen Dr. Werner Mahrholtz über das „Arbeitsleben der Großstadt“ erwähnt, in denen eine klare Analyse der großstädtischen Entwicklung im Arbeitsprozeß gegeben und die sachlichen Folgerungen aus dieser Entwicklung gezogen wurden. In seinem Vortragszyklus „Hauptfragen der Ästhetik“, definierte Prof. Max Dessoir das Tragische als Grundbestandteil des menschlichen Seins überhaupt, das nicht mit Moralbegriffen zu erfassen oder durch sie zu negieren ist. Er zitierte Hebbels treffenden Ausdruck, daß der Untergang des Bösen in der Tragödie nur dem ein verdahnendes Moment derfallen kann, der auch in dem Salzen einen Verlöbungsstahl sieht.

Zu Haustrinkkuren

Bei Gicht, Rheumatismus, Zucker-, Nieren-, Klagen-, Harnleiden (Harnsäure), Arterienverkalkung, Frauenleiden, Magenleiden usw.

Man befrage den Hausarzt!

Brummschriften durch das Fachinger Zentralbüro, Berlin W 8, Wilhelmstrasse 15.

Erhältlich in Mineralwasserhandlungen, Apotheken und Drogerien sowie in Berlin bei der Versandstelle der Staatlichen Fachingen und Norder-Selders, Berlin SW 11, Schöneberger Straße 10a. Tel.: Lützow 8266, 8267.



Die Fehler der Wirtschaftspolitik.

Zündholzmonopol. — Wie nicht rationalisiert werden darf. — Curtius verteidigt sich.

Die gestrige Reichstagsitzung brachte die Fortsetzung der Debatte über den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Frau Uradsee (Komm.) von neuem die Beratung der Einträge auf Erhöhung der Invalidentenzen, weil die Erklärungen der Regierung im Ausschuss unbefriedigend gewesen seien.

Abg. Ihlel (D. Sp.) widerspricht der Beratung. — Der Widerspruch macht die Beratung unmöglich. Zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums sprach nun Abg. Biewer (Dnat.). Er weist darauf hin, daß nach den Ergebnissen der letzten Berufszählung die Zahl der Selbständigen immer mehr zurückgehe. Er führt das darauf zurück, daß die öffentliche Hand zu stark als Unternehmer in das Wirtschaftsleben eingreife. Schwer geschädigt werde das kleine Gewerbe auch durch die Kreditnot. Der Redner fordert einen Staatssekretär für das Handwerk im Reichswirtschaftsministerium.

Abg. Benschien (D. Sp.) dankt namens des Mittelstandes dem Minister dafür, daß er für Aufhebung der Preistreibeinordnungen Sorge getragen habe. Unschädlige Kritik, wie sie die Wirtschaftspolitik über, werde sich gegen sie selbst wenden, wenn sie einst die Verantwortung mit übernehme. Er begrüßt die Schaffung eines Ministerialdirektorpostens für die Fragen von Handwerk, Einzelhandel und Gewerbe.

Abg. Sommer (Z.) begründet seine Interpellation, die besonders auf die Konkurrenz der Reichsdruckerei für das Buchdruckgewerbe hinweist. Solche Eingriffe in die Privatwirtschaft müßten verboten werden.

Abg. Hüll (Dem.) ist enttäuscht von der Kartellentscheidung, die er nur als einen „Katalog“ bezeichnet. Das Wirtschaftsministerium überschätze die Bedeutung der Industriekapitalien und unterschätze diejenige des Kleinhandels. Von der Industrie fordert der Redner Aufhebung ihrer Verkaufsverträge, von der Befehlsgebung Verbot des Zugabeauswensens.

Abg. Kemmer (Dem.) bekämpft das Gesetz über Erlaubniszwang für Herstellung von Zündhölzern. Durch ein deutsches Gesetz solle einer ausländischen Kapitalistengruppe ein staatlich garantiertes Monopol gegeben werden. Immer wieder hören wir die Klagen über die Eingriffe des Staates in die Privatwirtschaft.

hier aber wird durch ein Gesetz zugunsten eines privatrechtlichen Truffs die Gemeindefreiheit für einen Industriezweig vollkommen ausgefallt.

Wenn zur Sicherung gegen die Ueberfremdung Schutz geschaffen werden solle, dann schon ein Staatsmonopol und kein Privatmonopol. Gegen diese Vorlage müsse der schärfste Kampf geführt werden. (Beifall links.)

Reichswirtschaftsminister Curtius

schlägt vor, künftig die sorgfältig vorbereiteten Reden schon vorher der Presse zu übergeben, statt sie hier vorzutragen. (Stürmische Zurufe links: Und Ihre Vorlesung? Unerbört!) Der Minister habe sich gestern bemüht, auf die Wirtschaftspolitik der Regierung einzugehen, darauf sei die Rednerin der Sozialdemokratie nicht eingegangen.

Die allgemeine Lohnsteigerung erhöhe die Produktionskosten und erschwere die Abfuhrmöglichkeit im Auslande.

Das Reichswirtschaftsministerium sei von Interessenorganisationen nicht einseitig abhängig, es paradiere, daß das Reich davon übermüdet werde. Bei jeder wichtigen Wendung der Wirtschaftspolitik würden sowohl die Vertretungen der Unternehmer als der Arbeiter gehört. Die Vorwürfe der Demokratischen Partei seien unbegründet, denn die vor zwei Monaten habe die Wirtschaftspolitik der Regierung unterstützt, sie sei auch durch die neue Koalition nicht geändert worden. Auf die Erziehung zur Wirtschaftlichkeit lege das Ministerium den größten Wert, die Ausbildung von Diplomingenieuren in Amerika solle gefördert werden. Die Maßnahmen zur Entwicklung der Qualitätsarbeit sollen unterstützt werden. Die Preise für Grundstoffe seien zurückgegangen, die für Kohle und Eisen seien auf einer relativ niedrigen Höhe erhalten geblieben. Als die Kalipreise erhöht wurden, hätten sich die Verhältnisse in der Landwirtschaft wesentlich gebessert, eine Referendebildung wäre ohne Preiserhöhung nicht mehr möglich gewesen, die Landwirtschaft habe ihm zugestimmt.

Das Handelsvertragsystem habe wegen der noch unsicheren Währungsverhältnisse in wichtigen Ländern Europas noch nicht weiter ausgebaut werden können. Die Regierung halte es auch für zweckmäßig, bei den Vertragsverhandlungen den Verlauf der Weltwirtschaftskonferenz abzuwarten. Die Höhe der Bürgschaften und Garantien für die Wirtschaft sei viel niedriger als Frau Sender angegeben habe. Bei der Lösung der Zündholzfrage habe sich die zuerst versuchte Kontingentierung als ungangbar erwiesen. Der Reichswirtschaftsrat habe dann durch seinen Berichterstatter den Weg vorgeschlagen, den die Regierung mit ihrer Vorlage gegangen sei. Es sei der einzige Weg gewesen, um die völlige Ueberfremdung der deutschen Zündholzindustrie zu verhindern.

Abg. Colbl (Bayr. Sp.) beantragt, die wirtschaftlichen Betriebe des Reichs und der öffentlichen Körperschaften mit Ausnahme der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe auf das unerlässliche Mindestmaß zu beschränken; er fordert ferner eine Uebersicht über Zahl und Art der Reichsbetriebe und den Umfang ihrer Tätigkeit und eine Anweisung an die Reichsbehörden, bei Auftragserteilung keine Bedingungen zu stellen, die die Rechte und Freiheiten, die die Erwerbsordnung gewährt, irgendwie beeinträchtigen könnten.

Abg. Bartschat (Dem.) stellt gegenüber der Kritik des Ministers an den vorbereiteten Reden der Abgeordneten fest, daß dieser selbst seine Rede vorgelesen habe, allerdings sei sie nicht von ihm, sondern von anderen vorbereitet worden.

Abg. Molath (Wirt. Bgg.) teilt sich mit dem Abg. Voigt über die Frage auseinander, wer von beiden mehr für den Mittelstand getan habe.

Staatssekretär Uradsee teilt mit, daß die Beratung über die Ausgestaltung der Elektroversorgung im Gange sei. Abg. Creutzburg (Komm.) begründet einige Anträge, in denen öffentliche Kredite für das Kleinhandwerk, Kontrolle der verteilten

Darlehen durch Vertreter der Kleingewerbetreibenden und Verbot von Pfändungen bei den in Not geratenen Kleingewerbetreibenden.

Abg. Simon-Franken (Soz.)

begrüßt es, daß für den Ausbau der Statistik erhöhte Mittel angefordert werden. Es wäre notwendig, eine bessere Statistik über die Erträge in der Landwirtschaft aufzustellen.

die bisherigen Methoden geben kein genaues Bild über den wirklichen Ernteertrag.

Auch die Lohnstatistik muß verbessert werden. Es genügt nicht, die Tariflöhne festzustellen, es müßten vielmehr die tatsächlich gezahlten Löhne ermittelt werden. Der Redner begründet eine Entschlieung der sozialdemokratischen Fraktion, worin die Reichsregierung ersucht wird, dem Reichstag baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Verpflichtungen der Unternehmungen regelt, dem Statistischen Reichsamte auf produktionsstatistische Fragen wahrheitsgemäße Auskunft zu geben.

Abg. Sinn (Z.) wendet sich gegen die preistreibenden Tendenzen der Kartelle.

Abg. Koenen (Komm.) bringt eine Reihe von Wünschen für die Durchführung von Statistiken vor.

Abg. Hufemann (Soz.)

weist darauf hin, daß die Arbeiter keine Gegner des technischen Fortschrittes seien und daß der Deutsche Bergarbeiterverband schon im Sommer 1925 Richtlinien für die Umstellung im Kohlenbergbau aufgestellt habe.

Diese Umstellung sollte aber unter maßgebender Mitbeteiligung der Arbeiter vorgenommen werden.

Die Verhandlungen darüber sind ergebnislos verlaufen und das hat unter den Bergarbeitern heftige Empörung hervorgerufen. Eine günstige Fortentwicklung der Kohlenwirtschaft kann nur dann erfolgen, wenn die im Produktionsprozeß stehenden gleichberechtigt daran Anteil nehmen. Die vom Reichswirtschaftsministerium bisher aufgenommene Produktions- und Lohnstatistik ist unzulänglich, die Bergarbeiter fordern die Einführung einer Selbstkostenstatistik, an der die Arbeitnehmer mitwirken. Die Syndizierung der Kohlenwirtschaft darf nicht zum Verfall der Unternehmung werden, sie muß zum Vorteil der gesamten Volkswirtschaft ausgebaut werden, so daß sie eine wirkliche Kohlengemeinschaft ist. Dieser Ausbau muß auf die Veredlungserzeugung ausgedehnt werden. Der Redner verlangt zum Schluß, daß unter Mitwirkung der Arbeitervertreter rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um die zu erwartende Rückführung der Saargruben in deutschen Besitz reibungslos zu vollziehen.

Abg. Frau Lüders (Dem.) macht auf die Arbeiten für die Typisierung der Massenwaren aufmerksam und ersucht um größere Förderung dieser Bestrebungen.

Abg. Limbergh (Soz.)

begründet eine Entschlieung der sozialdemokratischen Fraktion, worin eine Aenderung des Gesetzes über die Regelung der Kalilawirtschaft verlangt wird. Die Beteiligungsziffer soll für die Zeit einer über sechs Wochen hinausgehenden Stilllegung eines Kalilagers ruhen. Bei Uebertragung, Rückgabe, Rücknahme oder Austausch von Beteiligungsziffern hat das Kalilager, das Entlassungen von Arbeitern oder Angestellten vornimmt, diesen für die Dauer von 52 Wochen den vollen Lohn oder das volle Gehalt zu zahlen. Um Umgehungen des Gesetzes zu verhindern, soll die Beteiligungsziffer auch dann ruhen, wenn trotz der Stilllegung aus Vorräten geliefert wird und wenn die Stilllegung eines Werkes nur vorübergehend erfolgt. Der Redner weist darauf hin, daß

die Kalilawirtschaft ein Musterbeispiel dafür biete, wie nicht rationalisiert werden dürfte.

Unter den Stilllegungen hätten die Bergarbeiter außerordentlich gelitten. Ihre Zahl ist um 13 000, die der Angestellten um 3500 zurückgegangen. Die Stilllegungen sind nicht aus dem Grunde der Rentabilität erfolgt, sondern nur aus personellen Gesichtspunkten aus. Eine Rationalisierung habe nur dann einen Zweck, wenn sie die Preise senke und die Lebenshaltung der Arbeiter hebe. Das war bei der Kalilawirtschaft nicht der Fall. Die Rationalisierung im Kalilagerbau ist im Interesse der Konzerne durchgeführt worden. Ihr Folge eine Preiserhöhung. Die von der Sozialdemokratie verlangte Aenderung des Kalilages ist deshalb notwendig geworden, weil sich eine ganze Anzahl von Risiken ergeben haben, unter denen die Arbeiter und Angestellten zu leiden haben.

Abg. Albrecht (D. Sp.) polemisiert gegen die Abgeordneten Hufemann und Limbergh. Er behauptet, daß die Unternehmer im Bergbau die Interessen der Gesamtwirtschaft und auch die der Arbeiter und Angestellten wahrnehmen. Die Kalilawirtschaft sei ein Musterbeispiel dafür, daß der Staat nicht in die Wirtschaft eingreifen dürfe.

Damit ist die Aussprache geschlossen. In einer persönlichen Bemerkung stellt Abg. Frau Sender (Soz.) fest, daß der Minister, der der Opposition den Vorwurf wohl vorbereiteter Reden gemacht hat, keine ganze Rede abgelesen habe. Es müßte aber festgestellt werden, daß bei diesem Etat die gesamte Wirtschaftslage behandelt werden mußte, daß sich die Redner also nicht nur an das halten konnten, was der Minister vorgetragen hatte.

Es folgen die Abstimmungen. Der Haushalt wird nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Die sozialdemokratischen Entschlieungen über Errichtung eines Kontrollamtes für Kartelle zur Aenderung des Kalilages und zur Verpflichtung der wahrheitsgemäßen Auskunftserteilung auf produktionsstatistische Fragen werden dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Die übrigen mit der Aussprache verbundenen Anträge aus dem Hause werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Eine Reihe von Entschlieungen werden für erledigt erklärt. Der Gesetzentwurf über die Erlaubnispflicht für die Herstellung von Zündhölzern geht an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Um 8 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch mittags 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts für Ernährung und Landwirtschaft und den damit verbundenen Anträgen und Interpellationen.

Kulturdebatte im Landtag.

Die zweideutige Haltung der Deutschnationalen.

Der Preussische Landtag nahm am Dienstag nach vierzehntägiger Pause seine Arbeiten wieder auf. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Pled (Komm.), den freigesprochenen Landgerichtsdirektor Jürgens aus dem Richteramt zu entlassen und die von ihm wegen politischer Vergehen verurteilten Arbeiter zu amnestieren. Die Beratung des Antrages scheiterte am Widerspruch der Deutschnationalen.

Es folgt nunmehr als einziger Punkt der Tagesordnung die zweite Beratung des Kultusetats. Zunächst stehen das Volksschul- und Lehrerbildungswesen sowie die evangelische und katholische Kirche zur Beratung. Nach kurzen Ausführungen der Berichterstatter erhält das Wort

Abg. Oetje (Dnat.): Die Erörterung der Konfessionsfrage hat eine Erregung in den evangelischen Kreisen hervorgerufen, für die wir volles Verständnis haben. Hoffentlich wird der Minister nach seinen Berichtigungen im Hauptauschuss bemüht sein, die staatlichen Interessen Preußens zu wahren. Wir wenden uns gegen die Bestrebungen des Reiches, auch in Hinblick auf die Kulturaufgaben der Länder die Selbständigkeit der Einzelstaaten auszubüßen. Nach den Erklärungen des Reichskanzlers soll das Reichsschulgesetz erstallenderweise auf christlicher Grundlage ausgebaut werden. Die weltlichen Schulen helfen wir für gesch- und verfassungswidrig. Die allgemeine Politik des Ministeriums trägt den Stempel der problematischen Natur des Ministers Beden.

Abg. König-Swinemünde (Soz.):

Der deutschnationale Redner hat mit Mühe eine ganze Reihe von Fäden zusammengeführt, um dem Minister etwas am Zeuge zu fassen. Es ist durchaus verfehlt, dem preussischen Kultusministerium einen Vorwurf daraus zu machen, daß es nicht in höherem Maße seine kulturpolitischen Aufgaben erfüllen kann. Die Schuld liegt beim Reich, das den Ländern durch den Finanzausgleich nicht die genügenden Mittel zur Verfügung stellt. Die Herren von rechts, die hier das preussische Kultusministerium angreifen, sollten auf ihre Parteifreunde in der Reichsregierung einwirken, daß den Ländern die Gelder zur Verfügung gestellt werden, die sie zur Bestreitung ihrer kulturpolitischen Aufgaben gebrauchen. Sie könnten dabei auch gleichzeitig prüfen, ob die gewählten Mittel, die die Reichsregierung alljährlich beschlagnahmt, nicht besser zu kulturellen Zwecken verwendet werden.

Die große welt- und wirtschaftspolitische Entwicklung, die im Völkerverbund ihre Widerspiegelung findet, ist kulturpolitisch vom Kultusministerium leider viel zu wenig berücksichtigt worden.

Völkerverbund und Kriegstreiber müssen durch den internationalen Gedanken im eigenen Lebensinteresse des deutschen Volkes überwinden werden.

Das Ministerium und die Schule müssen sich auf diese Entwicklung einstellen. In weltanschaulicher Voraussicht ist bisher nur die arbeitende Klasse Deutschlands die Trägerin des internationalen, völkervereinigenden Gedankens gewesen, der zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund geführt hat. Europa, das sich im internationalen Wettbewerb behaupten will, ist vor die Frage des Zusammenflusses gestellt. Es ist die Pflicht des Ministeriums, dieser zwangsläufigen Entwicklung auch in kulturpolitischer Hinsicht Rechnung zu tragen. Was

das Verhältnis von Staat und Schulen

anlangt, so wünschen wir, daß die Organisation des Schulwesens nicht allein nach dem Willen der Erziehungsberechtigten, sondern nach dem Gesichtspunkt eines geordneten Schulbetriebes als leistungsfähige Institution erhalten bleibt. Die Frage des Konfessionsrechts muß nach unserer Auffassung laienhaftig betrachtet werden. Man kann darüber streiten, ob ein Kirchengesetz oder ein Konfessionsgesetz besser für den Staat sei. Auf jeden Fall findet ein Kirchengesetz keine Grenze an der Reichsverfassung. Wir lassen deshalb die Frage, ob ein Konfessionsgesetz oder ein Kirchengesetz besser ist, offen. Jedenfalls darf über das Schulwesen ein Konfessionsgesetz keine Bestimmungen enthalten. Auf diesem Gebiete hat der Staat ganz allein zu entscheiden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Zusammenfassend sehen wir die Aufgabe des Kultusministeriums vor allem darin, daß es im Hinblick auf die große kulturpolitische Bedeutung der Erziehung unserer Jugend mehr als bisher der Entwicklung, in der die Völker heute stehen und die noch vor ihnen liegt, Rechnung trägt. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Lauscher (Z.): Die Frage der Kulturpolitik des Staates ist heute leider eine Finanzfrage. Trotzdem muß vor allem den Junglehrern geholfen werden. Dem Privatsektor muß das Ministerium mit viel mehr Wohlwollen gegenüberstehen. Die Hinterrückstellung des katholischen Bekenntnisses bei den sechs höheren staatlichen Lehranstalten empfinden wir als schweres, kaum zu veronwortendes Unrecht. Die simultane Lehrerbildung lehnen wir grundsätzlich ab.

Abg. Schwarzhaupt (D. Sp.): Wir haben von vornherein die simultane Ausbildung der Lehrer gefordert. Das Kampfziel des Zentrum ist die Befreiung der Simultanerziehung, für die wir uns einsetzen. An der Errichtung einer simultanen Akademie hatten wir kein Interesse.

Abg. Kerff (Komm.) führt Beispiele für den schlechten Ernährungszustand der Volksschulkinder an. Der Schulunterricht sei darauf eingestellt, die Jugend auf kommende Kriege vorzubereiten.

Abg. Dr. Böhmer (Dem.): Im Gegensatz zum Abgeordneten Lauscher sind wir der Auffassung, daß die Bekenntnisschule den Freiheits der Schule von der Kirche. Das Wert der Völkervereinigung muß gefördert werden.

Abg. Danke (Völk.): Innenpolitisch ist das Untergehen Deutschlands im Völkerverbund ein Verhängnis. Das Weltidolum hat seinen Einfluß durch den Völkerverbund auf die angeschlossenen Völker, namentlich auf Deutschland aus. In der staatlichen Kunstpflege geben galizische Juden den Ton an. (Gelächter links.)

Abg. Baczewski (Pole) tritt für Berücksichtigung der polnischen Winderheit in Oberschlesien ein.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Mittwoch, den 16. März, mittags 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe kleinerer Vorlagen und die Fortsetzung der Beratung des Kultusetats.

Ein Bedürfnis zu Opfern

blütenreine Kleidung. Darum schicken Sie bitte die zum Färben, chemisch Reinigen oder Waschen gewählten Stücke unverzüglich in die nächste Filiale oder Annahmestelle der

Spindler

SPINDLERFELD BEI CÖPENICK/BERLIN

Praktische Rationalisierungsarbeit.

Jahrestagung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit.

Am Dienstag hielt das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, das mit Staatsmitteln die Normungs- und Rationalisierungsbestrebungen in der deutschen Wirtschaft systematisch fördern soll, im Langenbeck-Birchow-Haus seine Jahrestagung ab. Für den Umfang der vom Kuratorium geleisteten Arbeit zeugt neben der interessanten Ausstellung von Rationalisierungsarbeiten

der Jahresbericht

des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds Hinnehal.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Fertigung bearbeitet vor allen Dingen die Probleme und die Praxis der Fließarbeit, der Arbeitsvorbereitung, der Energieleitung und des Verpackung- und Förderwesens in seinem Tätigkeitsbereich einbezieht. Der Ausschuss für Lieferbedingungen hat, gemeinsam mit dem Deutschen Normenausschuss und dem Deutschen Verband für Materialprüfungen, einheitliche Lieferbedingungen, Prüfverfahren, Begriffsbestimmungen und Bezeichnungsvorschriften für Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigwaren einschließlich Nahrungs- und Genussmittel bearbeitet. Besondere Erwähnung verdienen die technisch-wissenschaftliche Lehrmittellzentrale und der Deutsche Ausschuss für technisches Schulwesen, von denen der Ausschuss für technisches Schulwesen mit der Systematisierung der Ausbildung für Facharbeiter begonnen hat. Ihr soll die Herausgabe des Buches „Einführung in die Dinkormen“ für technische Schulen und Betriebe dienen. Weiter ein Schlosserlehrgangsbuch herausgegeben, und Lehrgänge aufgestellt für das Unterrichten von Hoblern, Bohrern, Fräsern, ferner für Schweissen, Löten und andere Spezialarbeiten. Es liegt in der Natur der Sache, daß das Kuratorium

anfanglich in die Breite arbeitete,

um auf möglichst vielen Gebieten der Wirtschaft die Rationalisierungsbestrebungen in Gang zu bringen. So haben die Arbeiten für die Textilindustrie, für landwirtschaftliche Geräte und Maschinen, für die Hauswirtschaft und das Bauwesen begonnen. Vieles, was in den einzelnen Ausschüssen geleistet worden ist, wird auch vorläufig Theorie bleiben. Das dürfte weniger durch den so oft angeführten Widerstand des Publikums z. B. gegen die typisierte Ware begründet sein, als dadurch, daß mit der Typisierung in Wirtschaftlichkeit eine angemessene Preisverbilligung statgefunden hat, die zuguterletzt erst den Typenartikel im breiten Publikum bodenständig macht. Diesfach zeigt sich auch wieder der

Widerstand des Unternehmertums.

Das gilt besonders für den Fachauschuss für Rechnungsweisen, in dem Professor Schmalenbach auf dem Gebiete der Selbstkostenberechnung und der kurzfristigen Erfolgsrechnung für die einzelnen Branchen (Aufstellung von Normalbuchführungen usw.) sehr erfolgreich gewirkt hat. Hier steht die Normalisierung teilweise die Faltung des Geschäftsgeheimnisses bei den einzelnen Betrieben und Unternehmern voraus und es scheint so, als ob der deutsche Unternehmer um des zweifelhaftesten Geschäftsgeheimnisses willen auf die augenfälligen Vorteile der Berechnung verzichten will.

Aus der Vortragsreihe der Tagung (Rationalisierung in der Motorenindustrie, Rationalisierung im Einzelhandel, Rationalisierung im Bauwesen) ragten die von Stadtrat E. Raap-Frankfurt über das Bauwesen und die von Direktor Schulz, Deutscher Motorenfabrik und A. Desterreicher Nähmaschinenfabrik Karlsruhe, über Betriebsrationalisierung und Fließarbeit besonders hervor. Als Beispiel für die

Rationalisierung des Bauwesens

bezeichnete Raap eine gesicherte Finanzierung, den Serienbau und eine vernünftige Boden- und Ausschüttungsplanung. In Hand eines Films demonstrierte er die Erfolge, die die Stadt Frankfurt in zwei Fabriken mit dem industrialisierten Häuserbau gemacht hat, d. h. mit dem Bau mit großformatigen Blöcken. Das Baugewerbe muß, um Leerläufe auszuschalten, aus einem Saisongewerbe in ein Dauer-gewerbe umgewandelt werden. Die Erzeugung der Bauteile in der Fabrik muß den eigentlichen Bauvorgang auf eine kurze Montage-

zeit beschränken. Auf die Umstellung im eigentlichen Betrieb, auf die Fließarbeit selbst, gingen dann Schulz und Desterreicher näher ein. Ihre Darlegungen bestätigten die Auffassung, daß die Erfolge der sogenannten Fließarbeit bei uns in Deutschland durchaus bis jetzt auf der Ausschaltung von Verlustquellen vor und nach der Fertigung, auf einer schematischen Mechanisierung größten Stills und auf einem fast überspannten mechanischen Druck auf die Fertigungszeiten beruhen. Dafür einige Zahlen über die

Ersparnisse bei der Umstellung auf Fließarbeit.

die Schulz aus der Motorenfabrik Deutz mitteilte. Vor der Umstellung lieferten 650 Mann Belegschaft bei einem Motorgewicht von 45 Kilogramm 900 Tonnen. Nach der Umstellung lieferten 343 Mann Belegschaft bei 24,5 Kilogramm Gewicht 950 Tonnen. Für die Herstellung eines bestimmten Motors waren 1914 sieben Arbeiter notwendig, 1924 bei weiterer Ausgestaltung des Arbeitsstückes 7,5 Arbeiter, 1926 aber nur drei Arbeiter. Die Steigerung der Produktivität ist ganz erheblich. Ein Arbeiter erzeugt heute 62 Proz. mehr an P.S. als 1924. Die Kostenersparnis bei einem Kleinmotor belief sich innerhalb einer Frist von zwei Jahren auf 40 Proz., obwohl eine Erhöhung des Nominallohnes um 28 Proz. in Kraft trat; die Ersparnis an Unkosten betrug 42 Proz. Dem stand allerdings eine Steigerung an Materialkosten um 10 Proz. gegenüber. Eine große Gefahr für die Fließarbeit liegt im Absatzmangel. So mühten z. B. in der Kölner Motorenfabrik die Montagebänder die Hälfte der Zeit stillzulegen, weil keine Arbeit vorhanden sei.

Direktor Desterreicher demonstrierte an den Umstellungserfolgen in der Nähmaschinenfabrik Karlsruhe sehr wirkungsvoll das ungeheure Ausmaß, in dem die

Ausschaltung der menschlichen Arbeitskraft durch die Mechanik

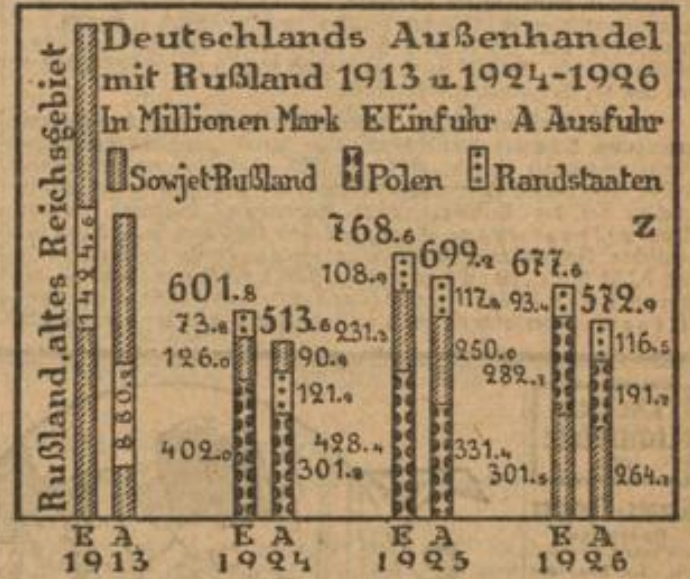
erfolgt. In der Backerei seien infolge der Mechanisierung 70 Proz. der Arbeiter aus, in der Montage 65 Proz. in der Kontrolle 60 Proz. und in der Packerei ebenfalls 60 Proz. Insgesamt ist eine Leistungssteigerung von 60 bis 70 Proz. eingetreten. Desterreicher sieht auf dem Standpunkt, daß der Arbeiter an der gesteigerten Produktivität teilnehmen muß. Volkswirtschaftlich begründet er dies leider in unserem Unternehmertum seltene Auffassung mit dem Hinweis, daß man Nähmaschinen nur verkaufen könne, wenn der Arbeiter entsprechend verdient. In Karlsruhe sind nach Desterreichers Darlegungen infolge der Umstellung im Durchschnitt Lohnsteigerungen von 40 bis 50 Proz. eingetreten. In welchem Verhältnis hier die gesteigerte Produktivität zu der Lohnleistung steht, mag aus folgendem Beispiel hervorgehen: Der Arbeiter leistet heute in dem Karlsruher Betrieb 350 bis 400 Formkosten, anstatt 100 Kästen vor der Umstellung. Die Löhne seien von 7,50 M. pro Tag auf 12 M., vielfach auch auf 13 M. und 14 M. gestiegen.

Alle Darlegungen der Tagung waren lehrlich von zwei Problemen erfüllt. Erstens von dem Verhältnis der menschlichen zur mechanischen Kraft, die Stellung des Arbeiters in der tagmässigen Arbeit, kurz gesagt, das menschlich-psychologische Problem, des durch die neuen Arbeitsmethoden der Massenherzeugung und der Reihenarbeit aufgeworfen wird. Zweitens die Schaffung eines Absatzmarktes, der auch nur annähernd im Verhältnis zu den ausgestoßen produktiven Kräften steht. Soweit das erste Problem in Frage kommt, ist die durch die Stellung der deutschen Unternehmer zu der Frage der Arbeitszeit und der Lohnhöhe geschaffene Konfliktatmosphäre absolut nicht geeignet, das Problem der Lösung entgegenzuführen. Hier hilft nur eine wirkliche Erhöhung des Reallohnes und eine wirkliche Demokratisierung der Wirtschaft. Die systematische Kaufkraftstärkung auf Grund einer Reallohnsteigerung dürfte dann auch das zweite Problem einer Lösung näherbringen, indem so ein erweiterter Warenabsatz, vor allem im Inlande, geschaffen wird.

seines Ministeriums fleißig gearbeitet worden ist, aber davon, daß dieser sich in volkswirtschaftlich mögliche Maßnahmen umgesehen hätte, hat man in der Öffentlichkeit nichts verspürt. Deshalb kann die besondere Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums mit ihrer geheimen Arbeit niemals einen Ersatz bieten für das geforderte Kontrollamt, dessen Hauptaufgabe gerade in der öffentlichen Durchleuchtung bestehen soll.

Der deutsche Rußlandhandel.

Trotz unausgesetzter Bemühungen und ziemlich großer finanzieller Opfer deutscherseits, will und kann sich der Außenhandel Deutschlands mit Rußland nicht in der gewünschten Weise entwickeln. Man erhält auch dann kein zufriedenstellendes Ergebnis, wenn man zur Bewertung des deutsch-rußischen Handelsverkehrs noch die zum alten Reichsgebiet Rußlands gehörigen Randstaaten und Polen heranzieht, wie dies aus der Graphik deutlich ersichtlich ist.



Deutschlands Ausfuhr dorthin erreichte im Jahre 1925 insgesamt 80 Proz. und 1926 sogar nur 65 Proz. der Vorkriegsausfuhr, und bei der Einfuhr sind die entsprechenden Zahlen noch ungünstiger, nämlich 54 Proz. und 47 Proz.

Besonders ungünstig ist der Außenhandel Deutschlands mit Sowjetrußland, trotzdem man demselben bereitwillig viele langfristige Kredite eingeräumt hat. Deutschlands Ausfuhr nach Sowjetrußland stieg im Jahre 1926 um ganze 14,7 Millionen Mark gegen das Vorjahr und erreichte insgesamt nicht einmal die Höhe der Sowjetrußland eingeräumten Kredite. Wenn nun am 31. März 1927 die Frist für die Inanspruchnahme des 300-Millionen-Kredits an Sowjetrußland abgelaufen ist, dann wird sich Deutschlands Bilanz im Handelsverkehr mit Sowjetrußland nur noch verschlechtern.

Weitere Besserung auf dem Arbeitsmarkt.

Die Besserung der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes schreitet, begünstigt durch die milde Bitterung auch in der zweiten Märzwoche, nach den Berichten der Bundesarbeitsämter weiter fort. Den Hauptanteil an der Besserung hat erklärlicherweise die Landwirtschaft und das Baugewerbe; aber auch über das stärkere Einsetzen der Frühjahrsbestellung, der Bauwirtschaft und Fliegelfabrikation hinaus scheinen sich Anzeichen einer Arbeitsmarktbelebung bemerkbar zu machen. So ist z. B. in der Metall- und Maschinenindustrie fast allgemein ein gewisser Rückgang der Arbeitsuchendenzahl eingetreten. Auch im Spinnstoffgewerbe hält die günstige Situation an, desgleichen in der Konfektion. Die Besserung auf dem Angestelltenmarkt hat sich an zahlreichen Plätzen in mäßigem Tempo fortgesetzt.

Schlechtes Wetter für die Börse? Wenn es der Börse schlecht geht, geht es mit der Wirtschaft aufwärts. Nach dieser alten Erfahrungsregel dürfte man die Platte, die in den letzten Wochen auf den deutschen Börsen zu verzeichnen ist, begrüßen. Jedenfalls ist die zunehmende Anspannung auf dem Geldmarkt und die wachsende Inanspruchnahme der Reichsbank für die Distantgesellschaft der Anleihe, in ihrem letzten Wirtschaftsbericht auf tiefgehende Veränderungen auf dem Geld- und Kreditmarkt hinzuweisen. Außer durch die Einzahlungen auf die Reichsanleihe und die noch kommenden großen Vänderanleihen werde die Lage des Geldmarktes fast dadurch beunruhigt, daß die allgemeine Konjunkturalentwicklung den Kreditbedarf habe ansteigen lassen. Nicht nur in den meisten Konsumindustrien, sondern auch in den Produktionsmittelindustrien schreite die Besserung der Konjunktur fort. Man werde auf der Börse damit zu rechnen haben, daß die veränderte Lage auf dem Geldmarkt und die Besserung der Konjunktur für das Börsengeschäft neue Voraussetzungen geschaffen haben. Sehr deutlich wird endlich zu erkennen geben, daß auf der Börse, die die Konjunkturalbesserung in der Bewertung der Wertpapiere bereits vorweg genaugen habe, bei der Fortdauer der schwierigen Geldmarktlage starke Kursrückgänge zu erwarten seien. — Für die Gesamtwirtschaft wäre eine solche Entwicklung in der Tat nur sehr v. rühmlich.

Finanzielle Umstellung im Obertoko-Konzern. Die Oberschlesische Kohlewerte und chemische Fabriken U. G. ist während und nach der Inflation zu einem der bedeutendsten deutschen Montan- und Chemiekonzern geworden. Einer der wichtigsten Bestandteile des Konzerns ist die chemische Fabrik auf Aktien vorm. Schering, Berlin, deren Aktienmajorität vom Obertoko-Konzern während der Inflation erworben wurde und die neben zahlreichen anderen Beteiligungen

Das Reich und die Monopolkontrolle.

Eine Kontrolle, von der man nichts merkt.

In seiner Eitrate hat der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius mit der Absicht, die sozialdemokratische Forderung nach Errichtung eines Kontrollamtes für Kartelle und monopolistische Unternehmungen gleichsam als überflüssig zu bezeichnen, darauf hingewiesen, daß die Kartellbedingungen bereits jetzt unter ständiger Beobachtung einer besonderen Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums stünden. Er hat mitgeteilt, daß im Jahre 1926 in 835 Fällen Erhebungen durch das Ministerium gemacht worden seien, die in 429 Fällen zu umfangreichen mündlichen Verhandlungen und zu 271 Selbstkostenfeststellungen geführt haben. In der Regel sei schon durch bloße Verhandlung, bei besonders hartnäckigen Gruppen durch Inanspruchnahme einer Klage vor dem Kartellgericht das gewünschte Ziel erreicht worden.

Wie wollen gar nicht bezweifeln, daß in der Kartellstelle des Reichswirtschaftsministeriums manche nützliche Arbeit geleistet worden ist, aber die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung, bei der die Preislenkung nach der Rationalisierung von den Kartellen gehemmt worden ist, spricht ohne Zweifel dafür, daß „das gewünschte Ziel“, das das Reichswirtschaftsministerium in der Regel durch Verhandlungen er-

reicht hat, ein überaus bescheidenes gewesen sein muß. Vor allen Dingen aber erscheint es uns unerträglich, daß sich die 835 Erhebungen, die im Jahre 1926 vorgenommen worden sind, unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit vollzogen haben. Abgesehen davon, daß das geforderte Kontrollamt über den engeren Kreis der Kartelle hinaus auch andere Monopolorganisationen und Unternehmungen erfassen soll, daß es mit besonderen Vollmachten ausgestattet sein soll, wäre seine besondere Funktion die Herstellung des öffentlichen Vertrauens für seine Untersuchungen und Erhebungen, das erstens durch seine Zusammenlegung und zweitens durch seine Verpflichtung zur Publizität herzustellen wäre.

Was nützt es uns, wenn wir nachträglich hören, daß im Durchschnitt mehr als zwei Fälle täglich im Reichswirtschaftsministerium den Gegenstand von Erhebungen gebildet haben, wenn man von den Erfolgen dieser Erhebungen in der Öffentlichkeit nichts spürt. Selbst in einem so freien Staat, wie es die unbegrenzte Zustimmung des Reichswirtschaftsministers zur letzten Kaltpreis-erhöhung war, sind die Selbstkostenfeststellungen, die doch jedenfalls der Entscheidung des Ministers vorangegangen sein müssen, der Öffentlichkeit unbekannt geblieben. Die Zahlen des Reichswirtschaftsministers sprechen höchstens dafür, daß in der betreffenden Abteilung

Heute
Mittwoch
Großer
Kindertag!

Leopold Gadiel

Königstr. 22-26 1. Stock

Elegantes jugendliches
Sport-Kostüm

aus vorzüglichsten Stoffen, grau und mode,
Jacke ganz auf fein geblümtem Futter

20.-

Knaben-Sportanzüge aus fertigen Vollstoffen engl. Art. in guter Verarbeitung (Hosen gefüt.). Bis zu 14 Jhr. für 5 Jhr. (siehe weitere Größe 1.- mehr).	13.-	Wollene Kinder- u. Mädchen-Kleider reizende Modarten in unzerstörten Größen. Kleiderwahl.	5.-, 8.- u. 12.-
Einsegnungs-Kleider in einschüßenden Modarten ab	17.-	Crepe de Chine-Blusen aus Neuhelien. selbe Qual. in weiß u. farbig	19.-
Mädchen-Mäntel in neuen Frühlingsstoffen vorzüglicher Qualität. Kleiderwahl in zu ungewöhnlich billigen Realisationspreisen	38.-	Kinder- und Mädchen-Kleider in Vollen, Waschseide u. Dimidialstoffen. in jeder gewöhnlichen Größe, so schön u. preiswert wie selten zu finden	14.- 15.-

Stärke Anteile der C. H. F. Kahlbaum, Chemische Fabrik G. m. b. H. bezieht. Zwischen dem Mutterkonzern und den beiden anderen Gesellschaften wird jetzt eine finanzielle Umstellung vorgenommen, derart, daß die Kahlbaum G. m. b. H. mit der Schering A.-G. fusioniert wird. Zu diesem Zweck erhöht die Chemische Fabrik vorm. C. Schering A.-G. ihr erst im vergangenen Jahre auf 16,8 Millionen erhöhtes Kapital neuerdings um 4 Millionen, darüber hinaus zum Umtausch von Genusscheinen in Aktien um weitere 4,2 Millionen, so daß sich das Aktienkapital der Chemischen Fabrik auf Aktien, vorm. Schering auf 25 Millionen Markt erhöht. Damit wird die Schering-Gesellschaft auch kapitalmäßig zur stärksten Beteiligung des Oberstoffkonzerns. Sowohl die Schering A.-G. als auch die Kahlbaum G. m. b. H. gehörten bekanntlich bis zu ihrem Uebergang an den Oberstoffkonzern zum Ostwerke-Schultheiß-Konzern.

Textilkonjunktur und Baumwollverbrauch. Wie außerordentlich stark der Abstieg der Baumwollpreise und die gleichzeitig einsetzende Textilkonjunktur in Deutschland den deutschen Verbrauch an Rohbaumwolle in die Höhe getrieben haben, zeigt eine Zusammenstellung der International Federation of Cotton Spinners and Manufacturers Association. Danach betrug der Baumwollverbrauch Deutschlands in den sechs Monaten von August 1926 bis Ende Januar 1927 insgesamt 702.000 Ballen gegen 501.000 Ballen im Halbjahr von Februar bis Ende Juli. Das bedeutet in einem halben Jahr eine Verbrauchsteigerung von über 40 Prozent. Da nach den übereinstimmenden Berichten die Konjunktur in der Baumwollindustrie sehr günstig geblieben ist, läßt sich ein Baumwollverbrauch erwarten, der keineswegs weit hinter dem des letzten Vorkriegsjahres zurückzubleiben braucht. 1912/13 wurden im alten Reichsgebiet 1.725.000 Ballen von der Textilindustrie verarbeitet.

Starke Verschiebung der Kraftquellen in der deutschen Stromerzeugung. Nach der Betriebsstatistik der Vereinigung der öffentlichen Elektrizitätswerke ist von 1924 auf 1925, also in einem verhältnismäßig sehr kurzen Zeitraum eine starke Verschiebung in den Kraftquellen bei der Stromerzeugung eingetreten. Während die mit Dampfkraft erzeugte elektrische Arbeit 1924 noch 88,25 Proz. der deutschen Gesamtstromerzeugung ausmachte, ist sie im Jahre 1925 auf 82,23 Proz. zurückgegangen. Auf der anderen Seite ist der Anteil der Wasserkraft von 10,60 auf 18,81 Proz. gestiegen. Ueberwiegend groß ist der Anteil der Braunkohle

als Kraftquelle. Er ist im Jahre 1925 gegenüber dem Vorjahr durch das Vorbringen der Wasserkraft zwar wie bei der Steinkohle etwas zurückgegangen, bedeckt aber mit 34,14 Proz. über ein Drittel sämtlicher Kraftquellen, wozu noch der Anteil von 14,39 Proz. der Kraftquellen entfällt, die auf gemischte Betriebe kommen.

Eine neue Filiale der Arbeiterbank. Die von uns vor längerer Zeit schon angekündigte Errichtung einer Zweigniederlassung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. in Berlin in Bremen ist jetzt erfolgt. Die letzte Filiale wurde bekanntlich in Frankfurt a. M. errichtet.

Eine überflüssige Gründung. Die günstige Konjunktur auf dem Pfandbriefmarkt ist offenbar auch Anlaß zur Gründung einer eigenen Hypothekendarbank im Lübeckischen Staatsgebiet unter der Firma Lübecker Hypothekendarbank A.-G. Wie alle privaten Hypothekendarbanken hat die Gründung den Zweck, gegen die Ausgabe von Pfandbriefen und Kommunalanleiheverreibungen Hypothekendarlehen bzw. Kommunaldarlehen zu gewähren. Das Kapital beträgt zunächst 1 Million Mark. Wenn für die Gründung der neuen Bank angeführt wird, daß der Hausbesitz noch immer Schwierigkeiten habe, Hypothekendarlehen zu erhalten, so kann diese Begründung nicht überzeugen. Man muß vielmehr annehmen, daß hier ein neben der bisher günstigen Pfandbriefkonjunktur lokalpatriotisches Interesse zu einer durchaus überflüssigen Gründung geführt hat, da wir an Hypothekendarbanken wahrlich keinen Mangel haben.

Aus der Partei.

Ein Siebenzigjähriger.

Genosse **Klemens Hengsbach** in Köln a. Rh. vollendet am 16. März sein 70. Lebensjahr. Schüler vom Beruf, ist er schon in jungen Jahren zur Partei gekommen, um für die Ziele des Sozialismus zu kämpfen. In allen Sturm- und Drangperioden, die die Partei in einem halben Jahrhundert durchzumachen hatte, hat er seinen Mann gestanden, hat in feierlicher Pflichterfüllung und treuer Bestimmung immer zu ihr und ihren Bestrebungen gehalten. Sein beschcheidenes Wesen und seine edelste sozialistische Gesinnung verschafften ihm Achtung und Anerkennung bei Freunden und Gegnern. Seit 1912 war er in unserem Kölner Druckereigewerbe angestellt.

außerdem war er Firmenträger des Dittsburger Parteikontakts. Im Jahre 1907 wurde er im damaligen Wahlkreis Duisburg-Mülheim als Reichstagskandidat aufgestellt, schlug in hartem Wahlkampf den Zentrumskandidaten um rund 300 Stimmen und kam dadurch mit dem Nationalliberalen in die Stichwahl, über den er den Sieg davontrug. Er vertrat den Wahlkreis bis 1911 als Abgeordneter im Reichstag.

Sein etwas erschütterter Gesundheitszustand zwang unseren Jubilar, im Sommer 1924 in den wohlverdienten Ruhestand einzutreten. Der Partei lag in Jena 1911 hatte ihn zum Mitglied der Kontrollkommission gewählt, der er bis heute angehört.

Wir wollen nicht veräumen, am heutigen Tage dem alten Kämpfer einen recht langen und bequemen Lebensabend zu wünschen.

Der Bezirk Brandenburg-Grenzmark hält am 23. und 24. April in Berlin, Prinz-Albrecht-Straße seinen ordentlichen Bezirksparteitag ab. Die Verhandlungen beginnen am 23. April nachmittags 5 Uhr. Auf der Tagesordnung steht: 1. Geschäftsbericht: a) Allgemeines und Organisation, Berichterstatter B. Krüger; b) Kasse, Berichterstatter Rich. Schmidt; c) Frauenbewegung und Arbeiterwohlfahrt, Berichterstatter A. Watschke. 2. Das Agrarprogramm, Referent Dr. Baade. 3. Die Arbeiterbewegung und die soziale Gesetzgebung, Referent Marie Juchacz. 4. Der Parteitag in Kiel (Wahl der Delegierten). 5. Wahl des Frauenvertreter zum Zentralvorstand. 6. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung nicht erledigt sind. Am Montag, dem 24. April, findet im Anschluß an den Bezirksparteitag eine Bezirks-Frauentagung statt. Tagesordnung: Die Frau in der Partei, Referentin Anna Watschke. Zur Teilnahme am Bezirksparteitag sind berechtigt: Die auf den Unterbezirkkonferenzen gewählten Delegierten und die Sekretäre der Unterbezirke, die Mitglieder des Bezirksvorstandes und die Revisoren, je ein Vertreter der in der Provinz erscheinenden Parteizeitungen, die in der Provinz gewählten Reichs- und Landtagsabgeordneten, die von den Provinziallandtagsfraktionen gewählten Vertreter. Wir fordern die Ortsvereine auf, in Mitgliederversammlungen zur Tagesordnung des Bezirksparteitages Stellung zu nehmen. Anträge der Ortsvereine sind bis spätestens 15. April an den Unterzeichneten schriftlich einzureichen. Quartiermeldungen werden bis spätestens 15. April an das Bezirkssekretariat Brandenburg, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, erbeten.

Theater
Lidspiele
u. v.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
7 1/2 Uhr: La Traviata
Schauspielhaus
u. U.: Flachsmann
als Erzieher
Schiller-Theater
8 Uhr: Raxia

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Jugend im Mai
Abonn.-Turnus I.

Deutsches Theater
Norden 10334-37
8 Uhr:
Bonaparte
Kammerspiele
Norden 10334-37
7 1/2 Uhr:
Zum 1. Male:
Toni

Die Komödie
Bismarck 2414, 2417
8 1/2 Uhr:
Letzte Woche:
Die Perle
Freitag, Sonnabend,
Sonntag
Letzte Woche:
Nachtvorstellung
11 Uhr:
Nacht ein Blind
Preise 2, 3 u. 4 Mark

Theat. a. Holländerpl.
Kurfürst 2091
8 Uhr:
Max Adalbert
in „Müllers“
Theater-Theater
8 Uhr:

Der müllige Seefahrer
SCALA
Nollendorf 7360
8 Uhr:
Rastelli
und die übrigen
Sensationen!

Volksbühne
Theater am Blöcherplatz, Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Volpone
Morgen 8 Uhr
Das Grabmal
des unbekannt
Soldaten.

Komische Oper
Allabendlich 8 1/2 Uhr:
Sünden
der Welt
Die weltstädtische
James-Klein-Revue
250 Mitwirkende - Theaterk.
ab 10 Uhr ununterbr. geöffnet.

Neues Theater am Zoo
Großberliner Schauspiel
Uraufführung
Gonya - die Enkelin
des Königs Lear
v. Carl Leyst - Regie: Hanns Merland
Sonntag vormittag 11 1/2 Uhr, 20. März
Büfen-Vorbestellung Amt Oliva 166.



Muttersorge

Folge dem erfahrenen Ratschlag junge Mutter: so wichtig wie die Körperpflege Deines kleinen Lieblings ist auch die Reinigung seiner zarten Hülsen und Kleidchen.

Vermeide alle scharfen Waschmittel; wasche alles was die zarte Kinderhaut berührt nur mit Lux Seifenflocken.



Rose-Theater
8 1/2 Uhr:
Das Mädchen von
der Landstrasse

ERIK CHARELL BRINGT
Täglich 8 Uhr
Ende
11 Uhr
Sonntag, nachm.
3 Uhr, ungvk.
halbe
Preise
Denen
Kupfer
Boudoir
Westmeier
u. A.
Jazzes Marimba Symphonie-Orchester. Permané brothers
u. viele Attraktionen. Vorzug. (10-1) ununterbrochen.
Hörsaalbilder: Ernst Stern. Dirigent: Dr. Ernst Römer.
Grosses Schauspielhaus

Kaller-Revue
Theater im
Admiralsplatz
Täglich 8 1/2 Uhr
An u. aus

Zentral-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der blonde Zigeuner

Walhalla-Theat.
Waisenweg 141, 8 1/2 Uhr:
Ben Hur
in Sensationell 7 Bildern
Vorz. halbe Kassen-
preise von 50 Pf. an

Leopold-Theater
Täglich 8 Uhr:
Zirkuspriestessin

Philharmonie
8 Uhr:
Beethoven-Abd.
des Philharm. Orch.
Dirig.: Arnold Ebel
Neunte Sinfonie mit
Schlachchor

Trianon-Theater
8 1/2 Uhr:
Absteigequartier



Was sagt der Bär?

Warten macht ungeduldig
und trübt die Stimmung. Trotz
allen Wartens Gleichmut und
gute Laune bewahren, ist er-
reichbar durch den Genuß von

Josetti Juno

Berlins meistgerauchte 4.8 Cigarette

CASINO-THEATER 8 Uhr:
Das erste Volksstück in dieser Spielzeit
Familie Habenichts!
ausgeschnitten Gutschein 1-4 Pers.
Fautelle nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Wallner-Theater
Donnerstag, den 17. März
8 Uhr
Uraufführung
Küsse in der Nacht
Lustspiel mit Musik und Tanz von
Sachs u. Taubert - Musik von Ujacco
Mittwoch, den 16. März
Zum letzten Male: Das blonde Wunder

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Das neue Programm!
Nachmittags: halbe Preise.
volles Programm
Vollhoff-Brett'l
Verließ, Konzert, Tanz

Arbeiter, Angestellte, Beamte
besucht die Veranstaltungen der
„No-Va-Co“
Karlshorst, D utesches Haus
Treskowallee (am Bahnh.) Jed. Dienstag
Pankow, Konzerthaus
Brettestraße 34 Jeden Mittwoch
Cöpenick, Stadtheater
Friedrichstr. 6 Jeden Freitag u. Sonntag
Tegel, Vereinshaus (Hamuseck)
Hauptstraße 6 Jeden Sonntag
Notstands-Variete-Kommission
der Intern. Artisten-Lige E. V.

SARRASANI
Neue Entschleife, 20. März letzter Tag
Tag, 7 1/2 Uhr, Mittwoch, Sonnabend, Sonn-
tag, auch 3 Uhr, Kinder halbe Preise.

Katjas Flucht in die Schönheit.

Von Heinz Eisgruber.

Katja war sechzehn Jahre alt und lebte in einem Fabrikdorf der Provinz Posen. Sie wohnte mit ihren tagelöhnerischen Eltern und zwei rachsüchtigen Geschwistern in einem windstichigen Behnhaus und ging tagsüber in die Fabrik. Wenn sie abends von der Arbeit kam, setzte sie sich vor ihren Toiletentisch, der aus einer alten Kiste bestand. An drei leeren Bierflaschen, die im Dreieck angeordnet waren, lehnten alte, halbblinde Spiegelscheiben, in deren optischem Widerspiel Katja nach der Schönheit ihres bloßen Knabenvisages sah. Mit Hilfe eines zahnärztlichen Kammes, einer Schale ranzigen Deles und eines alten Modejournals durchprobte sie zäh und in wangerötendem Eifer die tausend Gestaltungsversuche ihrer schwarzen, dünnen Haarsträhnen.

Dann lief sie durch das Dorf, verfolgt von den Stichelreden der Burshen und Mädchen, die unter den Haustüren standen, zumweilen auch getroffen von dem zitternden Blick einer kühneren, ahnungslosen Männerphantasie, und verschwand in einer grauen, baufälligen Hütte am Dorfrande. Hier erwartete sie eine alte, aufgedunsene, schmierige und selbst angepöhlte Frau, von der Dorfbefassen die „Berliner Heze“ genannt. Man sprach sehr schlecht von ihr im Dorfe und ging ihr tagsüber aus dem Wege. Aber wenn die Sonne hinter den Wäldern versunken war, bekam sie viel Besuch von den Ehrbaren und Durchsichtigen, denen sie für ein paar Pfennige aus den Karten wahrte.

Mit Katja verband sie schon seit Jahren eine zärtliche, mütterliche Kameradschaft. Sie liebte das schmalbrüstige Mädchen mit der schweifenden, flackernden Phantasie als wäre es ihr eigen Kind. Sie erzählte der Kleinen, die zusammengekauert mit leuchtenden Augen in der Ecke saß, Abend für Abend von der Welt jenseits der Dorf- und Fabrikwände. Und Katjas beschwingte, maßlose Phantasie zog willig und kühn mit fort und malte sich eine zauberhaft schöne Welt zurecht, die so bunt und märchenhaft ersahle wie die der Dämon über dem Lager der Alten. Katja träumte es nicht nur, daß die Welt so schön sein konnte, sie wußte es auch, seit sie einmal in die Villa ihres Bruders geschickt worden war.

Eines Tages verließ die Quelle, an der sich Katjas Phantasie sattgetrunken hatte: ihre alte Freundin starb. Sie starb keines natürlichen Todes. Katja fand sie bei ihrem abendlichen Besuch inmitten einer Blutlache. Die schmutzigen Habseligkeiten der Alten waren teils umhergestreut, teils geflohen. Man sprach von wandernden Zigeunern, die in der Gegend gesehen worden waren, und verscharrte die Alte sorg- und kluglos.

Katja lief seit jenem Tage mit trübem Augen herum. Und eines Tages war sie verschwunden. Bald fand man Spuren, aus denen man schließen konnte, daß Katja durchgebrannt war. Der Vater tobte eine Weile, aber die Mutter besänftigte ihn: vielleicht hat sie Glück da draußen. Und bald spürten beide erleichtert, daß Zeit und Schnaps größer geworden waren.

Katja aber war unterwegs nach dem Ziel ihrer Sehnsucht: nach Berlin, der Wunderstadt. Solange ihre Pfennige gereicht hatten, war sie mit der Bahn gefahren. Dann war sie auf der Landstraße weitergelaufen. Ein Wanderbursche schloß sich ihr an, der das gleiche Reiseziel hatte und die Landstraße kannte wie seine Westentasche. Sie übernachteten in Scheunen oder im Freien. Er schützte und wärmte sie, und sie bezahlte ihm seinen Beistand mit ein wenig Liebe. An ihrer sehnsüchtig erregten Phantasie glitten all die Wirklichkeiten dieser Reise ab, ohne in ihr Bewußtsein einzudringen. Als sie müde und zerlumpt in der Kleinstadt angelangt waren, erbraute in Katjas Herzen das Getriebe der Millionen als Triumphchoral erfüllter Sehnsucht. Hier spiegelte in hunderttausend Facetten all die Schönheit, von der sie geträumt hatte. Hier schienen alle Schönheiten der Welt aufgestapelt zu sein, um sich über die Herzen und Köpfe der Millionen zu ergießen.

Katja wanderte selbstvergessen an der Hand ihres Wanderfreundes durch die blinkenden Straßen, und verzückte Rufe sprangen von ihren Lippen. Dann mündeten die beiden in einer dunklen, schmalen Straße, in einem von Rauch, Musik, Papierflitter und Lärm erfüllten Lokal. Hier sah Katja Mädchen und Männer sitzen, die ihr seltsame Zwitgergebilde aus der Höflichkeit ihrer Fabrikheimat und dem Glanz der Millionenstadt schienen. Die Lippen der Mädchen waren leuchtend rot und ihre Haut samtlich bestäubt wie Schmetterlingsflügel; aber um ihre Augen lagen dunkle Schatten und um den Mund gruben sich bittere Linien.

Es schien Katja, als kenne ihr Wanderfreund alle, die hier saßen und sich zu der aufreizenden Musik auf den Stühlen räkelten. Und auch diese sprachen alle vertraut miteinander und in einem Idiom, das sie kaum verstand. Eine schwüle Atmosphäre umhüllte sie alle, und Katja, die noch nie so hilflose Kameradschaft gespürt hatte, tauchte widerstandslos in ihr unter. Als ihr Wanderfreund mit einem Mädchen kam, das sogleich den Arm um Katja schlang und gut zu ihr war, als Katja Körperwärme und den süßen Geruch eines betäubenden Parfüms spürte, fühlte sie sich wunderbar geborgen. Sie ging auch festlich mit ihrer neuen Freundin fort und streckte sich wohligh in dem Bett, das ihr die Freundin bot.

Mitten in der Nacht wurde Katja wach. Im Zimmer waren zwei Männer und lärmten. Katjas Freundin stand vor dem Bett, deutete auf die Männer und lachte. Katja war voller Angst und wußte nicht, was sie tun sollte. Sie stand schließlich auf und schlüpfte in ihre Kleider. Als die Männer brutal wurden, schlüpfte sie zur Freundin. Als diese sie beschimpfte, lief Katja aus dem Zimmer und auf die Straße, mit Augen, die denen eines geheuten Tieres glichen.

Zwei Tage schlich Katja durch die Straßen und Anlagen der großen Stadt, die ihr von Stunde zu Stunde grauer wurde und häßlicher. Sie suchte Arbeit und Essen. In einer Vorstadtneipe kaufte ihr ein alter Arbeiter einen Teller Suppe und schickte sie nach dem Arbeitnachweis, einem grauen Haus, vor dem Hunderte von Menschen warteten. Sie bekam Adressen, lief in ferne Straßen, schlich Treppen hinauf und hinab und wurde überall abgewiesen. Am Abend stand sie wieder vor jenem Lokal, in das ihr Wanderfreund sie am ersten Tage geführt hatte. Ein junger Mann hobte ihr Essen und Bier. Die Freundin mit den roten Lippen kam, starrte ihr ins Gesicht und ging höhnlich lachend vorüber. Später kam ihr Wanderfreund. Er nahm sie mit sich in eine kleine, schmutzige Dachstube. Sie war müde und schlief; sie war hungrig und oh; sie war stumpf und ertrug Liebe.

So ging sie auch in der Nacht zum siebenten Tage ihres Aufenthaltes in der Wunderstadt mit ihrem Freunde fort, durch dunkle, menschenleere Gassen, um ihm und seinen Kumpanen bei einem Eindruck zu helfen. Katja stand fröstelnd an einer Straßenecke,

Instruktion bei der Schwarzen Reichswehr.

Nach den Ergebnissen des Prozesses Wilmis dargestellt.



„Besonders zu bekämpfen habt Ihr den inneren Feind. Wer ist der innere Feind, Pachtulski!“
„Innerer Feind is preußisches Innenminister, Herr Leutnant!“

während die anderen über ein Gitter kletterten und sich den Weg in eine Villa bahnten. Als zwei Sipos kamen, zog sie mechanisch ein Pfeifen hervor, steckte es in den Mund und piffte bestig das verabredete Signal. Da wurde es in der Straße lebendig. Katja vergaß, was ihr der Freund eingeprägt hatte und rannte hastig über die Straße. Als sie an die nächste Straßenecke kam, fühlte sie sich von kräftigen Fäusten gepackt. Man brachte sie auf die Polizeistation. Dort gestand sie schluchzend alles ein.

Zwei Wochen später, nach qualvollen Vernehmungen und Verhandlungen, wurde Katja von einer Frau auf den Bahnhof gebracht, von dem die Züge nach dem Osten gingen. Katja sah zusammengekauert in einer Ecke des Abteils und antwortete kaum, wenn ihre Begleiterin sie fragte. In ihren Ohren erklang nur immerfort bedrückend der Name ihres Heimortes, den sie gehört hatte, als ihre Begleiterin mit dem Bahnbeamten gesprochen hatte. Als der Zug sich Katjas Bestimmungsort näherte, als sie durch das Fenster die Wälder ihrer Heimat aufstiegen sah — ihrer Heimat, die keine war —, da wurde sie unruhig, und vor ihren weitaufgerissenen Augen tanzten die höhnischen und drohenden Grimassen der Dorfbesucher und der Eltern. Kurz vor der Einfahrt des Zuges öffnete Katja schnell die Bagatelire und sprang hinaus.

Sie war sofort tot. Ihr Kopf war auf einen Stein aufgeschlagen. Langsam sickerte das rote, sehnsüchtige Blut Katjas aus der klaffenden Wunde auf die Erde.

Es sah aus, als trüge sie eine rote Rose im schwarzen Haar, von der blinkende Tauperlen tropften.

Erinnerung an Anuradhapura.

Von Andreas Lohso.

(Schluß.)

II.

So dicht, als es die nächste Zukunft befürchten läßt, ist die Wildnis um Anuradhapura nicht. Aus Glaubensfeier haben sich der englischen Regierung Tausende von Eingeborenen unentgeltlich zur Verfügung gestellt, als man vor einigen Jahrzehnten daran ging, die heilige Stadt aus dem Pflanzengewirr, das sie verschlungen hatte, wieder herauszuheben. So gibt es jetzt eine äußere und eine innere „Circular road“, zwei einander umlaufende ausgedehnte Ringstraßen durch den Keinen, freigelegten Teil des Ruinenfeldes. Um diesen mühsam errungenen Weg führt aber der Kampf unentwegt weiter, der Dschungel rückt immer von neuem vor, treibt seine Wurzeln wie sprengende Keile in den schon geschwundenen Stein, schlingt das Gewirr seiner Hängepflanzen und Luftwurzeln erdrückend um die aufrechten Säulen — man muß darauf verzichten, weitere Gebiete freizulegen, und ist froh, wenn Mittel und Arbeitskräfte ausreichen, das „Wenige“ zu erhalten, das der Urwald bisher jurisdogen hat.

Der dieses „Wenige“, in diesem Wenigen nur die Trümmer der wichtigsten Paläste und Kirchen, mit der Aufmerksamkeit, die ihnen gebührt, beschützen wollte, mühte nicht nur eine Woche mindestens in der einsamen, unheimlichen Herberge auszuhalten, er mühte vor allem die Widerstandskraft besitzen, die nur jahrelanger Aufenthalt in den Tropen dem Europäer verleihen kann. Denn auch der kleine, ausgegrabene Teil der Königsstadt bedeckt eine Fläche von mehreren Quadratkilometern, man kann mit dem Bogen nur über die beiden Ringstraßen fahren die schönsten Reste, Säulensysteme, Treppenteile und Buddha-Heiligtümer liegen abseits, und zu Fuß durch die Blut des tropischen Flachlandes sich fortzubewegen kostet unvorstellbare Selbstüberwindung, die geborsenes Bauwerk nicht lange zu nähern vermag. Selbst Pompeji, mit seinen wunderbar erhaltenen Palästen, die Einblick in das intime Leben eines versunkenen Jahrtausends gewähren, könnte, derart zerstreut und von dem Himmel der Äquatorialregion überwölbt, wenig Daten zu eingehender Besichtigung verlocken. Hier aber ist das Auge weit weniger beschäftigt als die Phantasie — und die versagt, will man die Bauten sich vorstellen, deren abgebrochene Partikeln, Köpfe, Säulen und gestürzte Schmuckfiguren derart gigantische Maße zeigen. Vierhundert Jahre vor Christi Geburt haben in Anuradhapura die stegreifenden Herrscher der Singhalesen ihre unumdrängliche Macht in Bruchstücken ausgeübt, ihrem eigenen Ruhme Paläste errichtet, die nach zweieinhalb Jahrtausenden dem Besucher, der aus dem „Zeitalter der Technik“ herüberkommt, ungläubwürdig erscheinen, wenn er sie aus den umherliegenden Andeutungen zu rekonstruieren sucht. Erst später, als die neue Religion Buddhas ihre Seiten händigte und die Eignung ihrer Völker zum Kriegshandwerk entsprechend untergrub, in dieser defizienten, den Niederlagen zugleitenden Periode erst bauten sie um die irdischen Ueberreste, die Knochenreste und Zähne Buddhas Tempel auf, die mit ihren beschleunigten Dimensionen der Zeit und dem Wob bis in die Gegenwart hinein widerstehen konnten. Diese Heiligtümer, besonders die „Dagaba“, die den linken Beckenknochen des Göttlichen enthalten soll, haben zum Teil nichts von ihrer Monumentalität

eingebüßt; man sieht Steinfiguren, die ein preußischer Kürassier, wenn er sich auf die Fußspitzen stellte, vielleicht in den Knien knien könnte. Aber eine Einheit erwächst aus all diesen Einzelheiten nicht! Von der Residenz des Königs Anu, von der Pracht der ganzen Stadt, vermag das Trümmerfeld keine Vision zu gebären.

Ein Beispiel: Da stehen, wie Soldaten gereiht, mächtige Granitssäulen, einzelne noch ganz erhalten, viele gebrochen bis auf einen kleineren oder größeren Stumpf, zu Staub geworden, so weit sie aber aufrecht stehen, sorgfältig freigelegt, und dennoch unübersehbar, denn ihrer nicht weniger als sechshundert bilden alle das Erdgeschoss des „Cheruen Palastes“. Kein Stadtwerk hoch waren sie einst übereinandergestürzt, jeder einzelne Pfeiler mit Erzplatten verflocht, und das ganze Gebäude mit einem blanken Kupferdache überdeckt. Wie sollte die armselige Umdeutung des grauen Steinlabyrinthes genügen, um das Funkeln des Metalls im Feuer der Leopersonne neun Stoch hoch in den Himmel zu projizieren? —

Aber wenn der Rückblick auch nur sehr unvollkommen gelingt, so zwingen dafür die Ruinen von Anuradhapura dem Besucher Gedankengänge auf, wie sie nur in Ägypten, am Fuße der Pyramiden, oder vor den Tempeln von Eru und Karnak, mit gleicher Macht auf das Gegenwartsgefühl des Europäers einwirken. Wie im Märchen von einem Zauberer angehaucht, und in ein winziges Insekt verwandelt, sieht man sich zuletzt zwischen den gestürzten Kapitellen und eingestürzten Stufen wandeln, eine Aflage, die leuchtend über die zerstreuten Bruchstücken auf dem Tisch der Welt liegt.

Vielleicht wäre es zuweilen heilsam, das hochmütige Sichselbstgenügen der Gegenwart ein wenig durch diese vom Urwald niedergerungene und zerfahrene Residenz zu führen, treu und quer durch die Ruinen einer Zeit, die ihren Königen — vor zwanzig Jahrhunderten! — neun Stoch hohe Erzpaläste errichtete, und dem Führer ihrer Seele Tempel weihete, die, eingestürzt und von Pflanzen überwuchert, immer noch sechzig Meter hoch über den Erdboden ragen.

Eine Diamanteninsel.

Die Insel Borneo, die zweitgrößte Insel der Erde, scheint sich immer mehr als eine wahre Diamanteninsel zu entwickeln. Der Diamantenreichtum dieses Bodens hat schon die holländische Regierung vor einiger Zeit veranlaßt, Sachverständige zur Untersuchung der edelsteinhaltigen Erde zu entsenden, die sich aus kristallinem Schiefer, Granit und Diorit zusammensetzt und außer einem reichen Goldlager auch eine bisher noch ungeahnte Menge Diamanten in sich birgt. Besonders in Westborneo und im Süden bei Marapora ist der Boden Borneos gewissermaßen mit den kostbarsten Mineralien so stark vermischt, daß man hier auf Gold- und Diamantenfeldern tritt. So kommt dazu, daß das Gestein auch sehr plattförmig ist, ebenso wie das gleiche Gelände reich an bestem Eisen ist. Das Schwemmland der Flüsse war schon früher in Borneo die Stätte reicher Diamantenfunde, obwohl die Ausbeute dieser Insel nicht systematisch vor sich ging. Die Diamanten von Borneo haben außer dem den großen Vorzug, daß sie zu den schönsten Edelsteinen der Erde gehören. Kein Land der Welt, auch nicht Transvaal, bringt Steine von so reinem Glanz hervor, wie das Diamantenland Borneo. Einer der berühmtesten Steine ist der sogenannte „Danourabio“, ein Diamant von fast 400 Karat Gewicht, der sich im Besitze des Prinzen von Malak befindet und auf Borneo gefunden worden ist. Bis hier galt Transvaal mit seinem „Blauen Grund“ als das diamantreichste Land. Die Ursache dafür ist aber nur darin zu finden, daß Transvaal von geschäftsfundigen Männern systematisch ausgebeutet wird. In Borneo dagegen ist die Gewinnung des Edelsteines noch sehr im Argen, auch die Gold- und Platinproduktion, die sich meist in den Händen von Chinesen befindet, ist augenblicklich noch sehr gering. Es ist aber zu erwarten, daß nennmehr die Ausbeute in größerem Maßstabe vor sich gehen wird. Die Eingeborenen nannten schon früher das Gelände mit dem Namen „Diamantenland“. Offenbar haben die Bewohner des Landes diese Kenntnis seit Urzeiten, da dem Vernehmen nach hier seit frühesten Tagen Gold und Diamanten gewonnen werden. Abgesehen von diesem Reichtum ist Borneo auch auf anderem Gebiete ein wahrhaftes Goldland, denn es ist an allen teuren Erzen wie Kupfer, Zinn, Blei und Zink sehr reich, ebenso wie an Petroleum und Salz. Die Ausbeute an Gold betrug in den letzten Jahren kaum 4 Millionen Mark, da sie von den Chinesen nur mangelhaft gehandhabt wird. Die Ausbeute an Diamanten hat kaum mehrere hundert Karat betragen und ist nur in den seltensten Fällen auf über 1000 Karat gestiegen.

Die Straße der Zukunft. Der englische Verkehrsingenieur Lord Montagu of Beaulieu veröffentlicht soeben ein Buch unter dem Titel „Achtung! oder: Wie man die Straßen benutzen soll“, in dem er ein Bild der Zukunft der Großstadtstraßen und des Fußgängerverkehrs entwirft. Er ist überzeugt, daß Rolltreppen und Rollrotoirs künftig eine viel größere Rolle spielen werden als heute. An den Stellen besonders starken Verkehrs werden unterirdische Uebergänge für die Fußgänger mit großen Paternosteraufzügen geschaffen werden.

